

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2025



Eröffnung Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen

Gedenken darf nicht zur Routineveranstaltung werden!

VerfGH Berlin hebt Reha-Entscheidung auf

Verbandetreffen der UOKG 2025

Inhalt

Aktuell

- 3 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstellen Leipzig, Rostock, Erfurt, Berlin Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig
- 4 64. Jahrestag des Mauerbaus Der Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt
- 5 Der Beauftragte des Landes Berlin Menschenrechtszentrum Cottbus mit virtuellem Geschichtssommer
- 6 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Gedenkstätte Hoheneck

Aufarbeitung

- 7 Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 würdigen und dauerhaft stärken Die Treuhandanstalt: Neue Stimmen zum 35. Gründungstag
- 8 Letztes Verfahren in Prag eingestellt. Transgenerationale Weitergabe
- 9 Gedenken darf nicht zur Routineveranstaltung werden! Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 bleibt notwendig 17. Juni in Gedenkstätte Bautzener Straße in Dresden

Berichte

- 10 Verbändetreffen der UOKG 2025
- 11 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 12 CSU-Landtagsabgeordnete beim Bund der Vertriebenen
- 13 Eröffnung Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen Gedenken an die jugendlichen Opfer der Malchower Werwolf-Tragödie Kranzniederlegung am Deutschen Eck

Recht

- 14 VerfGH Berlin hebt Reha-Entscheidung auf

Verbände

- 15 Der Aktionsstand ist da – danke für Ihre Solidarität! Neuer Förderverein unterstützt Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis
- 16 Dritter Bundesfrauenkongress in Dessau-Roßlau „Dialog der Generationen“
- 17 Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V. (ARE)
- 18 Nachruf auf Manfred Matthias
- 19 Nachruf auf Klaus Hobrack Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.
- 20 VOS e.V. in Mecklenburg-Vorpommern

Service/Bücher

- 21 Leihgaben von Zeitzeugen als Ausstellungsobjekte gesucht Zeitzeugen einer Flugblattaktion aus Greiz zu Weihnachten 1983 gesucht Renten für SED-Opfer erhöhen sich
- 22 Verramscht? Die ostdeutsche Wirtschaft und die Treuhand Grenzopfer Fred Woitke
- 23 Neue Ausgabe der Zeitschrift Gerbergasse 18 MEMORIAL Deutschland e.V.

Umschlagbild

Die Gedenkstätte Point Alpha ist ein Schauplatz des Kalten Krieges und ein Zeugnis von vier Jahrzehnten Zeitgeschichte. Hier standen sich die NATO und Warschauer Pakt bis 1990 gegenüber. Der ehemalige „Observation Post Alpha“ war einer der wichtigsten Beobachtungspunkte der US-Streitkräfte in Europa und einer der heißesten Punkte im Kalten Krieg.

<https://www.pointalpha.com/gedenkstaette/>

Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

vor einigen Wochen haben wir Sie um Unterstützung gebeten – für einen Info- und Aktionspavillon, der unsere Arbeit an der Thematik #GegenZwangsarbeit in der Öffentlichkeit sichtbarer und wirksamer machen soll. Heute dürfen wir mit großer Dankbarkeit mitteilen: Dank Ihrer Spenden konnte dieser Pavillon zu 100% realisiert werden!

Wir haben den Stand bereits beim letzten Verbändetreffen der UOKG aufgebaut und sind mit seiner Außenwirkung sehr zufrieden. Dazu der Bericht im aktuellen Stacheldraht. Er wird nun weiter und zum ersten Mal beim Campus-Kinoabend am 07. August 2025 auf dem Campus für Demokratie eingesetzt. An diesem Abend werden wir auch unser thematisch passendes Kurzfeature „Zwangsarbeit in der DDR – Im Namen des Profits“ zeigen und anschließend mit den Gästen ins Gespräch kommen! Dank Ihrer Unterstützung gibt es nun ein sichtbares Werkzeug und Zeichen für Erinnerung, Gerechtigkeit und die ungebrochene Kraft zivilgesellschaftlichen Engagements. Ihre Hilfe macht es möglich, die Geschichten der ehemaligen politischen Häftlinge, ihre Leiden in der Zwangsarbeit und den fehlenden Umgang der verantwortlichen Unternehmen endlich stärker in den öffentlichen Raum zu bringen.

Es freut uns außerdem sehr, dass der Dritte UOKG-Bundesfrauenkongress nun wie geplant in Kooperation mit dem Fo-



Foto: Dombrowski

rum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/SED-Diktatur e.V. und dem Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt vom 26. bis 28. September 2025 in Dessau-Roßlau stattfinden kann. Ganz wichtig ist es uns dabei natürlich, dass nicht nur Experten zu Wort kommen, sondern auch Zeitzeugen über ihre Erlebnisse, mögliche familiäre Konsequenzen und ihren Umgang damit auf Podien öffentlich äußern können. Mehr dazu im aktuellen Stacheldraht.

Danke, dass Sie an unserer Seite stehen! Ich verbleibe wie immer mit freundlichen Grüßen und Wünschen.

Bleiben Sie gesund und aufrecht
Ihr Dieter Dombrowski

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv

Außenstelle Leipzig

Öffentliche Führung

Mittwoch, 27. August 2025, 11.00 Uhr

Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“. Eine Anmeldung per Telefon unter 03018/665-3211 oder per E-Mail an leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

Wechsausstellungen

01. Juli bis 31. Dezember 2025

Titel: Frauen im geteilten Deutschland. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Clara Marz (2025).

05. August bis 31. Dezember 2025

Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dauerausstellung

– Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. – Stasi. Die Geheimpolizei der DDR. Die Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs vermittelt wichtige Grundkenntnisse über die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit.

Öffnungszeiten der Ausstellungen: Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr; Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr. Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei. Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv

– Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Telefon: 0341/2247-3211

E-Mail: leipzig.stasiunterlagenarchiv

@bundesarchiv.de

Internet:

www.stasi-unterlagen-archiv.de/leipzig

Außenstelle Rostock

Bürgerberatung

Dienstag, 05. August 2025,

13.00–17.00 Uhr

Dienstag, 02. September 2025,

13.00–17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in

der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG), Grüner Weg 5, 18055 Rostock

Öffentliche Führung

Mittwoch, 13. August 2025, 15.00 Uhr

Rostock geheim! Stasi-Stadt-Rundgang mit Dr. Volker Höffer oder Dr. Michael Heinz (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

Start: vor der „Galerie Rostocker Hof“, Kröpeliner Straße 26, 18055 Rostock

Anmeldung unter:

stadtfuehrung.rostock@bundesarchiv.de

Ausstellung „Zersetzung

Mittwoch, 02. Juli

bis Freitag, 22. August 2025

Repressionsmethoden des DDR-Staatssicherheitsdienstes

Stadtbibliothek Sassnitz

Hauptstraße 34

18546 Sassnitz

Öffentliche Führung

Mittwoch, 03. September 2025,

15.00 Uhr

Einer Diktatur auf der Spur. Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock Straße der Demokratie 2 18196 Waldeck-Dummerstorf

Vortrag und Gespräch

Montag, 08. September 2025,

19.00 Uhr

Ein System geht baden-Tourismus und politische Überwachung in der DDR. Referent: Dr. Christian Halbrock (Historiker) Haus des Gastes

Rostocker Str. 3

18181 Ostseebad Graal-Müritz

Änderungen vorbehalten!

Außenstelle Erfurt

Bürgerberatungs- und Informations-tag in Sömmerda

Rehabilitierungs- und Entschädigungsfragen, Antragstellung auf Einsicht in Stasi-Akten, Anträge zu verstorbenen oder vermissten Angehörigen, Möglichkeiten der Entschlüsselung von Decknamen,

Publikationen und Infomaterial. **Bringen Sie für eine Antragstellung bitte ein gültiges Personaldokument mit.**

Termin: Donnerstag, 04. September

2025, 09.00–16.00 Uhr

Ort: Bau- und Umweltamt Sömmerda

Marktstraße 1-2

99610 Sömmerda

Das Angebot ist kostenfrei.

Führungen: Jeden 3. Donnerstag im Monat monatliche Führungen durch das Archiv. Rund 4,5 Regalkilometer Akten, etwa 1,7 Millionen Karteikarten sowie zahlreiche Fotos, Filme und Dias verwahrt das Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt in seinen Beständen. Bei den Führungen erfahren die Besucherinnen und Besucher Wissenswertes über das Wirken und die Arbeitsweise der Stasi. Welche Rolle spielte die DDR-Geheimpolizei im täglichen Leben? Wie arbeitete sie und welchen Einfluss übte sie aus? Wie werden ihre Akten heute zur Aufarbeitung genutzt?

Ausstellung: „Niños Robados. Gestohlene Kinder. Stolen Children“, ab Dienstag, 03. Juni 2025, im Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt zu sehen, zeigt anhand von Biografien Betroffener aus Kanada, Deutschland, der Sowjetunion, Spanien, Argentinien und El Salvador den jeweiligen historischen Kontext politisch motivierten Kindesentzuges und die verheerenden Folgen für die Opfer.

Zeit: 03. Juni bis 02. November 2025, täglich 09.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Ort: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

Die Ausstellung ist kostenfrei.

Vortrag und Archivführung:

Donnerstag, 18. September 2025: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit.

Zeit: 16.00 Uhr – Archivführung. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, einen Antrag auf Akteneinsicht zu stellen. Dafür ist ein gültiges Personaldokument erforderlich.

17.00 Uhr – Stasi-Akte spezial „Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsar-



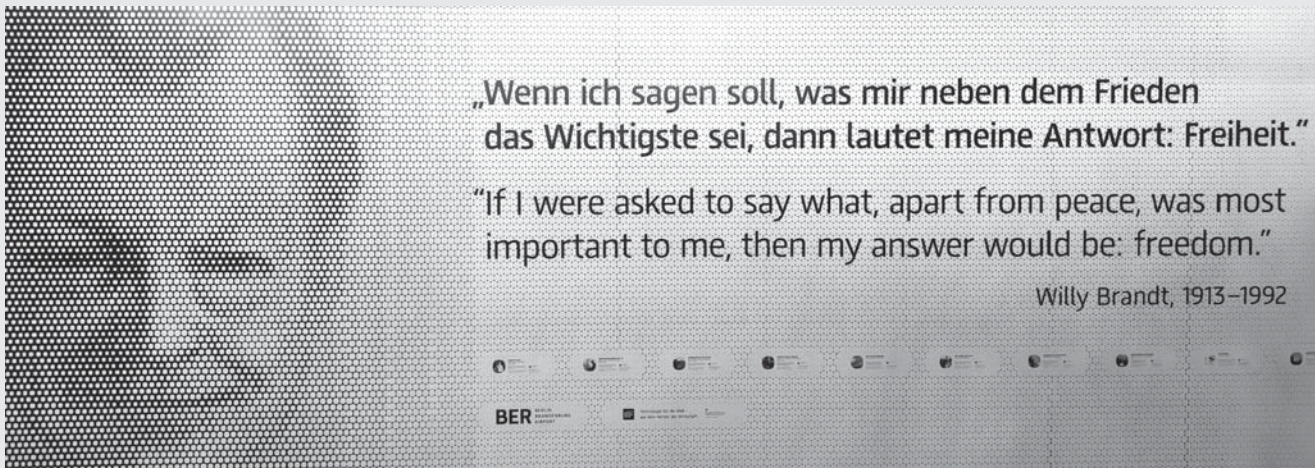
Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig

Das Museum im Stasi-Bunker bei Machern bietet jedes letzte Wochenende im Monat von 13.00–16.00 Uhr Rundgänge durch die unterirdische Anlage an. Die Besichtigung des Außengeländes und der Sonderausstellung sind kostenlos. Gruppen können jederzeit einen extra Termin vereinbaren. Kontakt und weitere Informationen finden Sie unter: www.runde-ecke-leipzig.de

64. Jahrestag des Mauerbaus

Gedenkveranstaltung, Mittwoch, 13. August 2025, Gedenkstätte Berliner Mauer

Am 13. August 2025 erinnern wir an den Bau der Berliner Mauer vor 64 Jahren und gedenken der Opfer von Mauer und Teilung. Ab dem 13. August 1961 trennte die Berliner Mauer die Stadt und schnitt durch das Leben vieler. In diesem Jahr blicken wir auf die tragischen Biografien der Kinder, die in der Spree im Grenzgebiet zwischen Kreuzberg und Friedrichshain starben, obwohl sie keinerlei Fluchtabsichten hegten. Ihre Schicksale führen uns die Unmenschlichkeit des DDR-Grenzregimes vor Augen. Eines dieser Kinder war Çetin Mert (1970–75), dessen Biografie im Mittelpunkt der Veranstaltung steht. Internet: www.stiftung-berliner-mauer.de



64. Jahrestag des Mauerbaus. Zitat von Willy Brandt am Flughafen BER. Foto Henning Pietzsch

beit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit“; Referent Dr. Tobias Wunschik (Bundesarchiv)

Ort: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt
 Das Angebot ist kostenfrei.

Berlin

Veranstaltungsreihe: „Lesebühne“ – Neue Publikationen zu den Themen DDR, Staatssicherheit und Diktatur.

Ort: Stasi-Zentrale.
 Campus für Demokratie
 Normannenstraße 21a, „Haus 7“ –
 Raum 427, 10365 Berlin

Telefon: (030) 18 665-6699
 E-Mail: veranstaltungen.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de
 Der Eintritt ist frei.

04. August 2025, 10.00 Uhr – Haus 22

Film: Binti – Es gibt mich! (ab 8 Jahre), Belgien 2019, 82 Minuten
 Binti lebt illegal mit ihrem Vater in Belgien. Mit kreativen Vlogs zeigt sie, dass sie trotz fehlender Papiere existiert. Als sie Elias trifft, wird die Rettung der Okapis zu ihrer gemeinsamen Mission. Nach dem Film können die Kinder bei einem Bastelangebot vom MACHMIT! Museum kreativ werden.

18. August 2025, 10.00 Uhr – Haus 22

Film: Dancing Queen (ab 8 Jahre), Schweden 2023, 90 Minuten
 Für die schüchterne Teenagerin Mina beginnt ein neues Schuljahr, und sie möchte unbedingt dazugehören – vor allem E. D. Win beeindruckt. Nach dem Film gibt es wieder ein Bastelangebot vom MACHMIT! Museum.
 Wir freuen uns auf Ihren Besuch und bitten Sie, uns Ihren Besuch im Voraus anzukündigen und die Teilnehmerzahl mitzuteilen.

Rückfragen unter: 030-186656770
 oder einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de

Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt Magdeburg im August 2025 finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg Montag bis Donnerstag von 09.00 bis 15.00 Uhr, Freitag von 09.00 bis 13.00 Uhr, oder nach Vereinbarung statt. Eine Anmeldung ist unter Telefon 0391/560-1505 oder E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de) erforderlich.

Neben der Beratung in Rehabilitierungsfragen bietet der Psychologe Christian Teuber, Mitarbeiter des Beauf-

tragten des Landes Sachsen-Anhalt, Betroffenen die Möglichkeit zum Austausch in einer **Gesprächsgruppe** an. Interessierte können sich unter E-Mail: kkremkau@paritaet-lsa.de oder telefonisch unter 03904/49 840 119 melden.

Ort: Der Paritätische – Selbsthilfekontaktstelle LK Börde, EHFA Mehrgenerationenhaus, Gröperstr. 12, 39340 Haldensleben, Ansprechpartnerin: Kathleen Kremkau, Mobil: 0151/27070744 oder Festnetz: 03904/49 840 119, E-Mail: kkremkau@paritaet-lsa.de

Eine Anmeldung ist jeweils unter Telefon 0391/560-15 05 oder E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de) erforderlich, wenn nicht extra ausgewiesen. Weitere Orte und Termine für Sachsen-Anhalt finden Sie unter: **Internet:** www.aufarbeitung.sachsen-anhalt.de

Orte der Repression in Sachsen-Anhalt 1945–1989

<https://www.geodatenportal.sachsen-anhalt.de/mapapps/resources/apps/orteder-repression/index.html?lang=de>

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Campus-Kino 2025: Vom 04. bis zum 28. August 2025 verwandelt sich der Campus für Demokratie wieder in ein Open-Air-Kino: Vier Wochen lang werden jeweils montags, dienstags und donnerstags um 19.30 Uhr Spiel- und Dokumentarfilme im Innenhof der ehemaligen Stasi-Zentrale Magdalenenstraße in Berlin gezeigt. Auf dem Programm stehen Filme, die das Leben in der DDR und in der Umbruchszeit in den 1990er Jahren aus verschiedenen Blickwinkeln thematisieren. Begleitend gibt es Gespräche mit Filmschaffenden, Zeitzeugen sowie Themen- und Geländeführungen. Der Eintritt ist frei. Es ist bereits die sechste Auflage des Open-Air-Kinos, das der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte gemeinsam mit dem Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv und der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. veranstaltet.

Eröffnet wird das Campus-Kino 2025 am Montag, 04. August 2025, um 19.30 Uhr, mit „Zuckersand“, einem poetischen Spielfilm über Freundschaft, Abschied und die Grenzen einer Kindheit in der DDR. Weitere Infos finden Sie im auf unserer Webseite <https://www.aufarbeitung-berlin.de/veranstaltungen/detail/campus-kino-2025>.

Fotos aus sechs Jahrzehnten: Franz Kräft – Arbeiterfotograf, Jungkommunist, Passfälscher für die Kommintern, linker Freigeist – wurde 1951 aus der SED ausgeschlossen. Er hinterließ Tausende Fotos. In den 20er- und 30er-Jahren fotografierte Kräft neben dem historischen Berlin-Mitte auch Kultur und Freizeit der Arbeiterjugend: Ausflüge, Faltbootfahrten, oder Waldspaziergänge mit

Freunden, von denen einige, wie Anton Saefkow, Ewald Plenzdorf, Wilhelm Firl, Paul Noack, Fritz Plön sowie Elfriede und Walter Tygör in der NS-Zeit antifaschistische Widerstandskämpfer wurden. Kräfts DDR-Bilder aus den 1950er-, 60er- und 70er-Jahren dokumentieren das Nachkriegsberlin, kleinere und größere Orte, arbeitende Menschen und Straßenszenen.

Der fotografische Nachlass von Franz Kräft ist Teil des Archivs der DDR-Opposition. Die Robert-Havemann-Gesellschaft zeigt in einer Auswahl Fotografien aus seinem umfangreichen Werk aus sechs Jahrzehnten. Das Eröffnungsprogramm findet bei gutem Wetter mit Snacks und Getränken auf der Terrasse von „Haus 22“ der Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie statt.

Termin: Freitag, 15. August 2025, Beginn: 19.00 Uhr

Ort: „Haus 22“, Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Ruschestraße 103, 10365 Berlin. Anfahrt: U5 Magdalenenstraße

Die Ausstellung „Franz Kräft. Fotos aus sechs Jahrzehnten“ ist täglich vom 11. August bis 11. September 2025 von 10.00 bis 18.00 Uhr im „Haus 22“ der Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie zu besichtigen. Im Anschluss wird die Ausstellung vom 28. November bis 04. Januar 2025 in der BrotfabrikGalerie Berlin zu sehen sein.

„Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“: Im August 2025 kommt unsere Reihe nach Lübars im Bezirk Reinickendorf. Lübars war einer der wenigen Ortsteile mit dörflichem Charakter in West-Berlin. Er grenzte im Norden und Osten an

die DDR bzw. Ost-Berlin. Im Impulsvortrag des Historikers und stellvertretenden Aufarbeitungsbeauftragten Dr. Jens Schöne geht es am 06. August 2025 u. a. darum, wie Mauerbau und Teilung die Landwirtschaft in Berlin beeinflusst haben. In der anschließenden Diskussion stehen die individuellen Herausforderungen des Ortsteils Lübars im Mittelpunkt.

Eine Woche später, am 13. August 2025, sind Menschen aus Lübars und Umgebung zu einem Kiezgespräch eingeladen: In kleinen Runden wollen wir Erinnerungen teilen, Fragen stellen und gemeinsam der Geschichte des geteilten Lübars nachspüren. Alle Interessierten sind herzlich willkommen. Beide Veranstaltungen finden in Kooperation mit dem LabSaal Alt-Lübars statt.

Information: <https://www.aufarbeitung-berlin.de/veranstaltungen/mein-kiez>

Wochenendführungen: „Einblick ins Geheime: Führung zum Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort“.

Ort: Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Normannenstraße 21a, Haus 7, 10365 Berlin.

Telefon: (030) 18 665- 6699

E-Mail: einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de


Veranstalter Bundesarchiv-Stasi-Unterlagen-Archiv, Frankfurter Allee 204, 10365 Berlin, Telefon: (030) 18 665-6699

Der Eintritt ist frei.

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Franz-Jacob-Str. 4 B , 10369 Berlin

Telefon (030) 24 07 92 – 0

veranstaltungen@aufarbeitung-berlin.de, www.aufarbeitung-berlin.de 

Menschenrechtszentrum Cottbus mit virtuellem Geschichtssommer

Neue Projektreihe startet am 23. Juli: Menschenrechtszentrum Cottbus mit virtuellem Geschichtssommer. Das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. startet die neue Veranstaltungsreihe „Mittagspause für's Ohr – Virtueller Geschichtssommer“. An drei Terminen zwischen Juli und September geben digitale Kurzführungen und Zeitzeugengespräche Einblicke in die Geschichte des ehemaligen Zuchthauses Cottbus, beleuchten bewegende Biografien und zeigen besondere Objekte. „Wir haben immer wieder Nachfragen von Menschen erhalten, die nicht vor Ort sein können. Deshalb wollen wir neue Wege gehen und die Geschichte der politischen Haft auch digital zugänglich machen,“ erklärt Heide Schinowsky, Leiterin der Gedenkstätte.

Den Auftakt bildete am 23. Juli das Thema „Zwischen staatlicher Repression, Normzwang und Zusammenhalt – Virtuelle Kurzführung zur Cottbuser Haftarbeit“. Die Veranstaltungen finden jeweils von 12.30 bis 13.00 Uhr online via Zoom statt. Am 27. August folgt „Wer nicht hingerichtet wurde, wurde verschleppt – Das Schicksal der belgischen Widerstandskämpferin Josephine van Durme“. Den Abschluss macht am 24. September „Zwischenstopp ‚Haft‘ – Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen Cottbus-Häftling Peter Keup“.

Anmeldungen kostenfrei unter: anmeldung@menschenrechtszentrum-cottbus.de möglich.

Weitere Informationen unter: www.menschenrechtszentrum-cottbus.de zu finden.

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

**Dienstag, 05. August 2025,
18.00 Uhr**

Hanno Schult, der Referent der Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. hält seinen Vortrag: GUK SMIERSCHE – Die Geschichte des stalinistischen Militärgheimdienstes. Als mit Geheimbefehl Stalins vom 19. April 1943 ein neuer militärischer Geheimdienst in der Roten Armee geschaffen wurde, war dies ein ihm direkt unterstelltes streng geheimes Organ zum Kampf gegen feindliche und Spionagetätigkeit in den eigenen Reihen.

**Dienstag, 19. August 2025,
18.00 Uhr**

Bernd Lippmann, der ehem. DDR-Häftling hält seinen Vortrag aus Anlass des Europäischen Tags des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus: Der HITLER-STALIN-PAKT. Der

offizielle Teil war der eigentliche Nichtangriffspakt, in dem sich die Unterzeichner verpflichteten, sich gegenseitig nicht anzugreifen und die gegenseitige Neutralität im Falle eines Angriffs durch einen Dritten zusicherte.

**Dienstag, 02. September 2025,
18.00 Uhr**

Dr. Anita Krätzner-Ebert, die Historikerin referiert zum Thema ihres spannenden Buchs: Dimensionen des Verrats – Politische Denunziation in der DDR. Die Studie analysiert die politische Denunziation in der DDR multiperspektivisch.

**Dienstag, 16. September 2025,
18.00 Uhr**

Dr. Zsuzsa Breier, die deutsch-ungarische Literaturwissenschaftlerin, Diplomatin, ehemalige Staatssekretärin und Autorin

liest aus ihrem Buch: 1989 – Das Jahr beginnt. Zsuzsa Breier erzählt vom Freiheitskampf der 1989er Zeitenwende in Ungarn und den beiden deutschen Staaten – aber nicht vom (bekanntem) Ende her.

Öffnungszeiten:

Montag – Donnerstag, 10.00–18.00 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Spendenkonto des gemeinnützigen Fördervereins Gedenkbibliothek bei: Deutsche Bank
DE38 1007 0848 0624 1822 00
BIC: DEUTDEB110

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5–7
10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27
www.Gedenkbibliothek.de



Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

**Europäischer Gedenktag zum Gedenken an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime:
23.08.2025, 18.00 Uhr**

Leistikowstraße 1, Potsdam. Gedenken an der Mauer des ehemaligen sowjetischen Gefängnisses

18.30 Uhr, Villa Quandt, Große Weinmeisterstraße 46/47

Begrüßung: Gisela Rüdiger, Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis e.V.

Grußworte: Torsten Wiegel, Beigeordneter für Bildung, Kultur, Jugend und Sport der Stadt Potsdam, Stefan Kri-

kowski, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion e.V.

Vortrag: Claudia Weber, Professorin für Europäische Zeitgeschichte an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt(Oder). „Eine mörderische Allianz. Zur Gewaltgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts, 1939-1941“, Musik: Albrecht Walther, Improvisation, Mundharmonika. Die Historikerin und Publizistin Prof. Dr. Claudia Weber ist Lehrstuhlinhaberin für Europäische Zeitgeschichte an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt(Oder). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der Gewalt- und Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts, der Kulturgeschichte des Kalten Krieges sowie der vergleichenden

Imperiengeschichte. Von ihr sind u.a. die Bücher „Der Pakt: Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz“ und „Krieg der Täter: Die Massenerschießungen von Katyn“ erschienen.

Danach laden wir Sie herzlich zu Getränken und Gebäck ein. Der Eintritt ist frei. Eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Brandenburgischen Literaturbüro und in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Weiterführende Hinweise:

– Bundesstiftung Aufarbeitung:
<https://tinyurl.com/4jwmj7rb>
– arte.tv:
<https://tinyurl.com/d7nmu2he>



Gedenkstätte Hoheneck

Seit dem 01. Juli 2025 hat die Gedenkstätte Hoheneck ihre Öffnungszeiten und Besuchsmöglichkeiten angepasst. Immer samstags besteht die Möglichkeit, von 12.30 bis 17.00 Uhr (letzter Einlass: 16.00 Uhr) die Ausstellung zu besichtigen. Führungen sind auch künftig nur nach vorheriger Terminvereinbarung möglich. Zur Terminvereinbarung steht Besuchern ein Buchungssystem auf unserer Webseite zur Verfügung: <https://gedenkstaette-hoheneck.de/de/fuehrungen/>

Allgemeine Anfragen können gestellt werden per Mail an info@gedenkstaette-hoheneck.de oder telefonisch unter 037296 / 8593 60. Informationen für den Besuch der Gedenkstätte auf <https://gedenkstaette-hoheneck.de>

Gedenkstätte Hoheneck gGmbH
An der Stalburg 6/7
09366 Stollberg
OT Hoheneck

Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 würdigen und dauerhaft stärken

Der Brandenburger Landtag diskutierte über den CDU-Antrag „Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 würdigen und dauerhaft stärken“. Er wurde bereits am 18.07.2025 im Landtag debattiert und vom Landtag mit Stimmen der SPD und BSW abgelehnt.

Antrag der CDU-Fraktion – Der Landtag möge beschließen: Der Landtag bekennt sich zum historischen Vermächtnis des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 als eines der bedeutendsten Ereignisse im Widerstand gegen die SED-Diktatur. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in Brandenburg auszubauen und insbesondere folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Einrichtung eines zentralen Gedenk- und Informationsortes zum 17. Juni 1953 in Brandenburg – vorzugsweise an einem historisch bedeutsamen Ort mit Bezug zum Aufstand. Dabei sollen bereits bestehende Angebote und Aktivitäten der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur berücksichtigt und eingebunden werden. Weiterhin soll geprüft werden, inwiefern bestehende Gedenk- und Erinnerungsorte wie das Menschenrechtszentrum in Cottbus in die Konzeption einbezogen werden können, um Synergien zu schaffen und bestehende Erinnerungsarbeit zu stärken.

2. Förderung lokaler Gedenkinitiativen, Schulen, Museen und Geschichtsvereinen bei der Aufarbeitung und Vermittlung der Ereignisse rund um den 17. Juni 1953 – insbesondere in Kooperation mit der LAKD und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
3. Stärkung der politischen Bildung durch die Ausarbeitung und Verbreitung geeigneter Bildungsformate und -materialien zur Geschichte des 17. Juni 1953, insbesondere für Schulen. Diese Maßnahme sollte auch die beim Bundeskongress der Landesbeauftragten im Mai 2024 verabschiedete Resolution „Mehr DDR-Geschichte vermitteln, mehr Diktaturgeschichte erklären“ berücksichtigen.
4. Finanzierung eines wissenschaftlichen Sammelbandes oder einer anderen geeigneten wissenschaftlichen Publikation zur Geschichte des 17. Juni 1953 in Brandenburg. Dabei sollen innovative Fragestellungen verfolgt werden, die über bestehende Studien hinausgehen und neue Einblicke ermöglichen.

Begründung: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 steht symbolisch für den Mut zehntausender Menschen, die sich in der DDR gegen politische Repression, staatliche Willkür, Zwangsmaßnahmen und die Bevormundung durch das SED-Regime erhoben haben. In über 700 Städten und Gemeinden der DDR kam es zu Protesten, Streiks und Demonstrationen. Auch in Brandenburg beteiligten sich mutige


Bürgerinnen und Bürger am Widerstand. Der Aufstand wurde durch das sowjetische Militär niedergeschlagen. Mindestens 55 Menschen verloren dabei ihr Leben.

Der 17. Juni wurde 1954 in der Bundesrepublik Deutschland zum „Tag der Deutschen Einheit“ erklärt. Auch nach der Wiedervereinigung verdient das Andenken an den Volksaufstand eine zentrale Rolle im historischen Gedächtnis unseres Landes.

In Brandenburg finden bereits regelmäßig Gedenkveranstaltungen statt, die u.a. vom Landtag, der Landesregierung und der LAKD gemeinsam mit weiteren Akteuren durchgeführt werden. Diese bestehenden Aktivitäten bilden eine wichtige Grundlage, auf die aufgebaut werden kann.

Es ist geboten, die bestehenden Bemühungen nachdrücklich zu unterstützen, gezielt auszubauen und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln. Ziel ist es, die Erinnerung an den 17. Juni 1953 dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein zu verankern – insbesondere durch historisch-politische Bildungsarbeit sowie die wissenschaftliche Forschung.

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg,
Drucksache 8/1147, 8.
Wahlperiode, 10.06.2025

Das Video zur Diskussion finden Sie unter: Gedenken den 17. Juni 1953 – <https://tinyurl.com/bdfcxy4> 

Die Treuhandanstalt: Neue Stimmen zum 35. Gründungstag

Anlässlich des 35. Jahrestags der Gründung der Treuhandanstalt am 17. Juni 1990 veröffentlicht die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 21 Videointerviews mit Unternehmern, die ab 1990 ehemalige DDR-Betriebe übernommen haben. Die Gespräche erweitern das Treuhand-Dossier auf der Website der Stiftung, das inzwischen eine umfassende Sammlung von Zeitzeugenstimmen und Materialien zum Thema bietet.


„Die neuen Interviews zeigen, wie unmittelbar und widersprüchlich die wirtschaftliche Transformation erlebt wurde

– nicht theoretisch, sondern als Alltag voller Entscheidungen, Verantwortung und Risiken“, erklärt Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung. „Unsere Sammlung lädt dazu ein, die Arbeit der Treuhand differenziert zu betrachten und auch Klischees zu hinterfragen, die sich in den 1990er Jahren verfestigt haben.“

Ein Teil der Interviewten kam nach dem Mauerfall in die DDR, um Unternehmen zu erwerben oder als Investoren tätig zu werden. Andere übernahmen die Betriebe, in denen sie zuvor selbst gearbeitet

hatten – als technische Leiter, Direktoren oder Selbstständige. Manche konnten ihre Unternehmen langfristig etablieren, andere scheiterten.

Ziel der Veröffentlichung ist es, diese individuellen Perspektiven sichtbar zu machen und die Debatte über die Treuhandanstalt um unternehmerische Erfahrungen zu erweitern. Dabei geht es nicht um pauschale Urteile, sondern um die historische Einordnung von Entscheidungen und Handlungsweisen im Kontext einer komplexen Umbruchsituation.

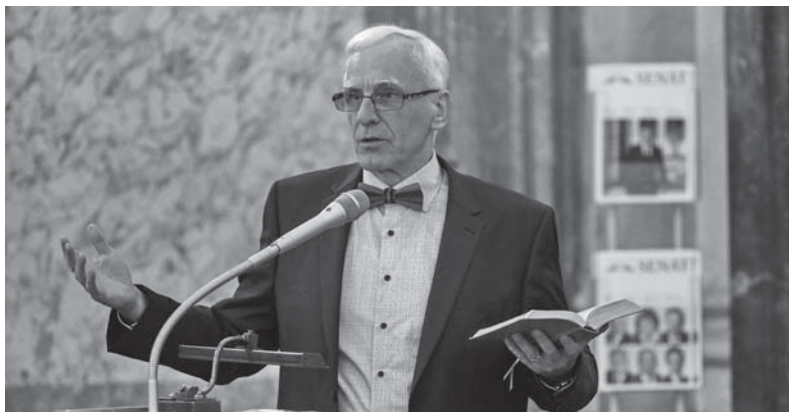
Die Interviews und begleitenden Podcastfolgen sind kostenfrei abrufbar unter: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de 

Letztes Verfahren in Prag eingestellt

Das letzte laufende Verfahren in Prag gegen Verantwortliche für die Toten am Stacheldraht in der damaligen CSSR wurde eingestellt.

Der Jurist Lubomir Müller aus Prag kämpfte Jahrzehnte hinweg für die Rehabilitierung der Toten, die an der tschechoslowakischen Grenze ums Leben kamen, als sie versuchten, nach Bayern oder Österreich zu fliehen. Die erste Person, die rehabilitiert wurde, war der aus Magdeburg stammende Schüler Hartmut Tautz. Er war am 09. August 1986 bei Bratislava bei seinem Fluchtversuch schwer verletzt worden und kurz darauf verstorben.

Am 21. Juli 2025 sollte eigentlich das Verfahren gegen Oberst Jan Muzkar wegen der Todesumstände eröffnet werden. Nachdem das Gericht in Prag den Angeklagten über den bevorstehenden Verhandlungstermin informierte, legte dieser ein Gutachten vor. Im Gutachten vom 13. Juli 2025 ist zu lesen: „Er (Oberst Ing. Jan Muzikář, geb. 1934) befindet sich derzeit in einem Zustand schwerer Demenz..., er ist nicht in der Lage, den Sinn der Strafverfolgung zu



Letztes Verfahren in Prag eingestellt. Der tschechische Jurist Lubomir Müller brachte ca. 60 Verfahren auf den Weg. Fotorechte: Michael Teupel

verstehen..., eine Besserung seines Zustandes ist nicht zu erwarten.“ Dazu Carola Tautz, die Schwester des ermordeten Hartmut Tautz: „Leider kam auch diesmal der Rechtsstaat viel zu spät. Wie auch in der Bundesrepublik wurden weder in Tschechien noch in der Slowakei Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen.“

Der Jurist Lubomir Müller, der die Verfahren in Gang brachte, wurde 1976 wegen Behinderung der Aufsicht über Kirchen

und Religionsgemeinschaften zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er übernahm pro bono ca. 60 Fälle deutscher Staatsbürger aus der DDR. Eine Würdigung durch die Bundesregierung blieb bisher aus. Deshalb möchten wir uns im Namen der Hinterbliebenen und der VOS für seine tatkräftige Unterstützung bedanken. Wir sind ihm zutiefst dankbar und wünschen aus Deutschland beste Gesundheit und Wohlergehen.

Michael Teupel, VOS Sachsen-Anhalt

Transgenerationale Weitergabe

Transgenerationale Transmission oder auch Trauma-Transmission genannt, beschreibt die Weitergabe von Erfahrungen, insbesondere traumatischer Erfahrungen, von einer Generation auf die nächste. Diese Weitergabe geschieht oft unbewusst und kann durch Verhaltensmuster, Überzeugungen oder epigenetische Veränderungen vermittelt werden.

Mein Name ist Eric Aust und ich wurde 1999 geboren. Mein Vater war politischer Häftling in der DDR, was mein Interesse an der Zeitgeschichte und den damit verbundenen menschlichen Schicksalen prägt. Nach 1990 wurde er rehabilitiert, was die Bedeutung von Gerechtigkeit und Aufarbeitung für mich unterstreicht. Aus diesem Grund habe ich am 17. Juni d.J. bewusst meine Kandidatur für den Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) erklärt, nachdem ich mich im Jahr 2024 für eine Mitgliedschaft entschieden habe. Ich möchte aktiv im Landesvorstand M-V mitarbeiten, um die Anliegen der Betroffenen zu unterstützen und ein Bewusstsein

für die Geschichte zu schaffen. Ich danke Herrn Rohloff, dass er mich gefragt hat, ob ich kandidieren möchte, sowie den Mitgliedern der VOS e.V., dass sie meine Kandidatur berücksichtigt haben und mich zum 2. Stellvertreter im Landesverband M-V gewählt haben.

In einer Welt, in der die Realität oft von Glanz und Gloria überdeckt wird, ist es an der Zeit, die nackte Wahrheit ans Licht zu bringen. Das Unrecht der SED, Doping im DDR-Sport sind Themen, die nicht nur in der Vergangenheit wurzeln, sondern auch unsere Gegenwart beeinflussen. Doch wie erreichen wir die Menschen, wenn uns selbst die Mittel fehlen? Wenn wir nicht singen oder ein Instrument spielen können, bleibt uns dennoch eine Stimme.

In uns Kindern und Enkeln der Erlebnisgenerationen lebt der Wunsch nach Gerechtigkeit weiter

Es gibt ein einfaches Lied, dessen Melodie das Herz berührt. Es ermutigt uns, weiterzumachen, trotz aller Widrigkeiten.

Dieses bescheidene Lied kann zur Waffe gegen die Jubelwelt der Mächtigen werden. Nur durch das Teilen unserer eigenen Erfahrungen – die Realität, die wir gelebt haben – können wir andere bestärken, ihren eigenen Weg zu gehen. Die Geschichten derjenigen, die unter Unrecht leiden bzw. litten oder das Unrecht der SED erlebten, sind kraftvoller als die Lügen der Bonzen.

Stellen wir uns vor, ein begnadetes Kind, das mit zitternder Stimme die Wahrheit stottert und dazu ein einfaches Instrument spielt. In einem von Zensur und Unterdrückung geprägten Land, kann dieses Kind jedem das Wasser reichen. Umso wichtiger ist es, dass wir die Stimmen dieser Kinder – und all der anderen, die gegen Unrecht kämpften und kämpfen zu hören und zu unterstützen. Lasst uns gemeinsam die Wahrheit verbreiten und die Menschen ermutigen, weiterzumachen, für Gerechtigkeit und Freiheit zu kämpfen. Freiheit statt Sozialismus! Unter diesem Motto werde ich mich in der VOS e.V. engagieren.


Eric Aust, 2. Stellvertreter der VOS im Landesverband M-V

Gedenken darf nicht zur Routineveranstaltung werden!

Zum 72. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR erinnert der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) Frank Ebert an die mutigen Frauen und Männer, die sich am 17. Juni 1953 gegen das kommunistische Regime auflehnten. Mehr als eine Million Menschen gingen damals in der gesamten DDR auf die Straße, um u. a. für Demokratie, freie Wahlen und die deutsche Einheit zu demonstrieren. Sowjetische Truppen und DDR-Sicherheitskräfte schlugen den Aufstand blutig nieder. Mindestens 55 Menschen wurden getötet, 15.000 weitere verhaftet, rund 1.500 von ihnen später verurteilt. Sowjetische Standgerichte verurteilten 18 Personen zum Tode, zwei Todesurteile fäll-

ten DDR-Gerichte. „Trotz seines Scheiterns gehört der Volksaufstand in der DDR zur deutschen Demokratiegeschichte“, sagt der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte. Die Erinnerung daran bleibe wichtig, gerade in Zeiten, in denen autoritäre Kräfte weltweit immer mehr Zulauf bekämen. „Das Gedenken darf jedoch nicht zur Routineveranstaltung werden“, so Ebert weiter. „Kranzniederlegungen und Totengedenken gehören dazu – wir brauchen aber auch zeitgemäße Formate, um mehr Menschen zu erreichen.“ Dazu beitragen könnte nach Ansicht des BAB das von Land und Bund geplante „Forum Opposition und Widerstand 1945–1990“. „Die DDR-Geschichte wird dort Ausgangspunkt für eine Ausein-

andersetzung mit der Gegenwart sein“, erklärt Frank Ebert. „Das Forum wird zeigen, dass Themen, die die Menschen in der DDR vor Jahrzehnten bewegten, auch heute noch aktuell sind. Das betrifft etwa den Kampf um politische Teilhabe und um Freiheits- und Menschenrechte, aber auch die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.“

Gekürzte Fassung des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
 Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin
 Tel.: (030) 24 07 92 – 0
 E-Mail: info@aufarbeitung-berlin.de
 Internet: <https://tinyurl.com/f9jwb9nk> 

Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 bleibt notwendig


Am 17. Juni 2025 jährt sich der DDR-Volksaufstand zum 72. Mal. Aus diesem Anlass erinnert die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur an die mutigen Frauen und Männer, die 1953 in der DDR gegen das SED-Regime protestierten. Aus Streiks und Demonstrationen gegen verschärfte Arbeitsnormen und schlechte Lebensbedingungen entwickelte sich binnen kürzester Zeit ein landesweiter Aufstand. Hunderttausende forderten nicht nur soziale Verbesserungen, sondern auch freie Wahlen, Demokratie und die deutsche Einheit. Viele Demonstrantinnen und Demonstranten wurden

Opfer staatlicher Gewalt: Sie wurden verhaftet, verschleppt oder verloren ihr Leben.

Dr. Anna Kaminsky, die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung, betont: „Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ist ein eindrucksvolles historisches Zeugnis: Menschen forderten unter Gefahr für Leib und Leben Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Selbstbestimmung – Werte, die heute unser gesellschaftliches Fundament bilden. Diese Erinnerung mahnt uns, jeder Form von Geschichtsverklärung und autoritären Deutungsmustern

entschieden mit historisch-politischer Bildung und einem klaren Bekenntnis zu unseren Grundwerten entgegenzutreten.“

Angesichts aktueller gesellschaftlicher Spannungen sieht die Bundesstiftung einen wachsenden Bedarf an politischer Bildung. Besonders junge Menschen benötigen fundiertes historisches Wissen, um demokratiefeindliche Tendenzen erkennen und beurteilen zu können. Die Geschichte der SED-Diktatur und des Widerstands dagegen muss daher ein fester Bestandteil schulischer wie außerschulischer Bildungsarbeit sein.

Weitere Informationen zum Thema stellt die Stiftung in einem Dossier zur Verfügung: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de 

17. Juni in Gedenkstätte Bautzener Straße in Dresden

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den Vorsitzenden des Trägervereins der Gedenkstätte „Erkenntnis durch Erinnerung e.V.“ Henry Krause. Anschließend erläuterten die Justizministerin, Prof. C. Geiert, und die Landesbeauftragte, Dr. N. Aris, die wichtigsten Neuerungen des vorerst letzten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes, das am 01. Juli 2025 in Kraft getreten ist. Danach berichteten Ch. Berger und I. Bennewitz von ihren schlimmen Erfahrungen mit dem SED-Regime. Sie brachten ihr Genugtuung darüber zum Ausdruck, dass das ihnen zugefügte Unrecht 35 Jahre nach dem Ende des SED-Regimes endlich eine gesellschaftliche Würdigung durch die Einbeziehung in die Opferpension bzw. durch eine Einmalzahlung von 7.500 € für Zwangsausgesiedelte erfährt.

Im Anschluss an eine Diskussion auf dem Podium zeigte das projekttheater dresden das Theaterstück „Ein gelbes X – Ein Spiel um Freiheit“. Ein interessantes Werk, bei dem die Akteure mit lebensgroßen Puppen an verschiedenen Orten der Gedenkstätte agieren und das Publikum mitwandern muss. Es erinnert an den 17. Juni 1953 in Dresden und stellte die immer wieder bedeutsame Frage nach dem Wert der Freiheit.

Inge Bennewitz



Justizministerin des Freistaates Sachsen, Prof. Constance Geiert, Christoph Berger, Opfer politischer Haft in der DDR, Dr. Nancy Aris, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen und Inge Bennewitz, Zwangsausgesiedelte aus dem Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze, Vorstandsmitglied der UOKG (li. nach re.). Foto: Henry Krause

Verbändetreffen der UOKG

Inmitten der historischen Kulisse der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normanenstrasse trafen sich am Wochenende 21. und 22. Juni 2025 die Vertreterinnen und Vertreter der Opferverbände und Initiativen der SBZ/SED-Diktatur. Eingeladen hatte die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft unter Leitung ihres Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski. Das Treffen spiegelte einmal mehr eindrucksvoll wider, wie lebendig und zugleich herausfordernd Erinnerungskultur im vereinten Deutschland bleibt.

Politischer Rückenwind – aber auch neue Baustellen

Ein zentrales Thema war die jüngste Novellierung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes vom Januar 2025. Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, informierte über die wichtigsten Fortschritte. Außerdem übergab Frau Zupke Dieter Dombrowski den aktuellen Jahresbericht, der am 17. Juni 2025 medienwirksam vorgestellt worden war.

Doch die Euphorie wird auch durch ernüchternde Realitäten gebremst: Die blinden Stellen in der Gerechtigkeit, etwa für Zwangsdoping-Geschädigte, sind weiterhin gravierend. Auch auf das Schicksal der Internierten in den sowjetischen Speziallagern der SBZ und deren lückenhafte Aufarbeitung wurde deutlich hingewiesen. Die Teilnehmer forderten deshalb mehr Forschungsarbeit und eine offenere Debatte über historische Verantwortung.

Erinnern unter Druck

Wie schwierig der Umgang mit Geschichte ist, zeigte sich auch an den Berichten über Anfeindungen gegenüber Aufklärungsarbeit. So schilderten Vertreter von Vereinen, dass ihnen mitunter antikomunistische Hetze vorgeworfen werde – ein Framing („Framing“ bedeutet, dass unterschiedliche Formulierungen desselben Inhalts das Verhalten des Adressaten beeinflussen und damit manipulieren können und sollen.) das die Gedenkarbeit delegitimiere. Auch der Zugang zu Schulen werde schwieriger, da es immer weniger Zeitzeugen gebe und viele Lehrkräfte das Thema nur zögerlich behandeln. Die Teilnehmer betonten daher die Notwendigkeit, neue Formen des Erinnerns zu finden – etwa durch digitale Bildungsangebote oder eine stärkere Zusammenarbeit mit Gedenkstätten. Evelyn Zupke sprach

in diesem Zusammenhang von der „kritischen Infrastruktur unserer Demokratie“, die es zu schützen und zu stärken gelte.

Lesung mit Tiefgang: Siegmur Faust und das „Verdoppelte Leben“

Ein bewegender Höhepunkt war die Lesung des Bürgerrechtlers und ehemaligen DDR-Häftlings Siegmur Faust aus seiner Autobiografie „Verdoppeltes Leben“. Faust schilderte eindrücklich seine Zeit im berüchtigten Zuchthaus Cottbus, darunter 400 Tage in einer feuchten Zelle – eine Strafe für das Verfassen einer handgeschriebenen Gefängniszeitung. Er sprach über seine Kindheit im Osten, über politische Illusionen und persönliche Verluste. Die autobiografische Rückschau offenbarte nicht nur individuelle Brüche, sondern auch die Komplexität ostdeutscher Biografien. **„Jeder Marxist, der an die Macht kam, wurde ein Massenmörder“**, so sein bitteres Fazit. Und doch war es keine Abrechnung, sondern ein Appell zur ehrlichen Erinnerung, auch an die eigenen Irrwege.

Mitgliederversammlung

Dieter Dombrowski berichtete zunächst von der Vielzahl wahrgenommener Termine: Beiratssitzungen, Gesprächen im Bundestag, Veranstaltungen mit Zeitzeugen. Der Schwerpunkt lag auf der Gesetzesänderung zum SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, das am 01. Juli 2025 in Kraft tritt – ein Erfolg langjähriger politischer Einflussnahme. „50 Prozent meiner Arbeit findet mittlerweile im Bundestag statt“, betonte Dombrowski und unterstrich damit die zentrale Bedeutung des Dialogs mit der Politik.

„Aldi ist ein harter Brocken“

Ein weiteres Schlüsselthema: das dunkle Kapitel der Haft-Zwangsarbeit in der DDR. Mit einer Petition, einem aktivierenden Video und einer Info-Kampagne im medialen Raum rückt die UOKG dieses Thema erneut ins öffentliche Bewusstsein. Proteste, etwa vor der Aldi-Zentrale in Essen, sollen Lieferketten und unternehmerische Verantwortung sichtbar machen. Doch der Weg bleibt steinig: „Aldi ist ein harter Brocken“, resümierte Dombrowski.

Doch auch international zeigt die UOKG Präsenz: In Toszek/Polen wurde zum wiederholten Male der Gedenkort der

Massengräber des NKWD-Lagers Tost besucht. Die Nachforschungen zur genauen Lage bleiben mühsam – Kontakte zu Firmen, auf deren Gelände mutmaßlich Gräber liegen, müssen derzeit mit polnischer Hilfe aufgebaut werden. Begleitend dazu wurde der aktuelle Film für die Gedenkreise vorgeführt.

Emotionaler Höhepunkt und Zuwachs für die UOKG: die Aufnahme des Vereins „Erkenntnis durch Erinnerung e.V.“ aus Dresden. Der Vereinsvorsitzende Henry Krause berichtete eindrucksvoll von seiner eigenen Geschichte und den wachsenden Anforderungen an die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, wo der Verein seinen Sitz hat.

Auch die Berichte aus den Mitgliedsverbänden machten deutlich: Die UOKG ist ein lebendiges Netzwerk. Von juristischen Erfolgen im Rehabilitierungsverfahren über Ausstellungen, Bildungsarbeit und regionale Gedenkinitiativen – der Kampf gegen das Vergessen wird vielfältig geführt. Die Versammlung offenbarte auch kritische Stimmen – etwa zur mangelnden wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zwangsarbeit in Brandenburg oder zur Transparenz des Härtefallfonds. Dombrowski antwortete offen: Die UOKG kämpft – mit begrenzten Mitteln, aber klaren Zielen. Nächste Etappe ist der Dritte Bundesfrauenkongress „Dialog der Generationen“ am 26. bis 28. September 2025 in Dessau – und natürlich weitere Protestaktionen.

Die UOKG bleibt laut: Für Gerechtigkeit. Für Erinnerung. Für die Opfer.

Aktion am Sonntag: Der zweite Tag stand im Zeichen der Öffentlichkeit: Mit einer symbolischen Protestaktion gegen Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR waren Mitglieder der UOKG und ihrer Verbände am Pariser Platz präsent. Viele Passanten reagierten auf die angebotenen Flugblätter und Gespräche mit Interesse und Anteilnahme – ein ermutigendes Signal für alle Engagierten.

Fazit

Das Verbändetreffen der UOKG zeigte: Aufarbeitung ist kein abgeschlossenes Kapitel, sondern eine andauernde gesellschaftliche Aufgabe. Fortschritte in der Gesetzgebung sind wichtig, doch sie müssen von politischem Willen, öffentlicher Anerkennung und wissenschaftlicher Neugier begleitet werden. Die Opferverbände leisten dabei unverzichtbare Ar-

beit – gegen das Vergessen und für eine Erinnerungskultur, die sich nicht in Sonntagsreden erschöpft.

Ein gemeinsamer Blick nach vorn – die nächsten Termine sind gesetzt: Am 08. und 09. November 2025 wird erneut zum Verbändetreffen nach Berlin in die Ruschestraße geladen. Save the Date!

Die Video-Aufzeichnungen vom Verbändetreffen sind jetzt online auf YouTube.

Begrüßung & E. Zupke: <https://youtu.be/dFMUDm4fvkk>
 Autorenlesung: https://youtu.be/i_K8V8GcG1s

Zur ALDI-Aktion am Brandenburger Tor gibt's zwei Kurz-Videos:

Video 1: https://youtube.com/shorts/C_41cTmKMw0
 Video 2: <https://youtube.com/shorts/bMcMlf75r3Q>

Erstveröffentlichung in der Rubrik „Aktuelles, Mitteilungen“ von Sebastian Sachse, UOKG
 Internet: <https://tinyurl.com/3p4y7nmf>



Die UOKG bleibt laut – Für Gerechtigkeit. Für Erinnerung. Für die Opfer. Mitglieder der UOKG und ihrer Verbände demonstrieren in Berlin auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor. Alle Fotos Lucas Hütter



Politischer Rückenwind – Übergabe des aktuellen Jahresberichtes der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke an den Vorsitzenden der UOKG Dieter Dombrowski.



„Verdoppelte Leben“ – Lesung des Bürgerrechtlers und ehemaligen DDR-Häftlings Siegmund Faust, links der Vorsitzende der UOKG Dieter Dombrowski

Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Lieber Leserinnen und Leser des Stachel-drahts, ich freue mich sehr, dass nunmehr zum 01. Juli 2025 die weitreichenden Verbesserungen in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen in Kraft getreten sind und damit mehrere zehntausend Betroffene von SED-/SBZ-Unrecht, also viele von Ihnen, von den deutlich erhöhten Leistungen und neu geschaffenen Ansprüchen profitieren.

Kurz vor dem Inkrafttreten der Gesetzesnovellierung habe ich dem Deutschen Bundestag meinen mittlerweile vierten Jahresbericht übergeben. Am 17. Juni habe ich ihn Bundestagspräsidentin Julia Klöckner überreicht und in der Bundespressekonferenz vorgestellt. Der Jahresbericht 2025 trägt den Titel: „35 Jahre Deutsche Einheit – Die Opfer der

SED-Diktatur würdigen. Den Wert der Freiheit in die Gesellschaft vermitteln.“ (BT-Drucksache 21/520).

Er informiert über die aktuelle Situation der unterschiedlichen Opfergruppen der politischen Verfolgung in der SBZ und der DDR. Dabei beleuchtet der Bericht in diesem Jahr nicht nur ihre Unrechtserfahrungen, Belastungen und aktuelle Entwicklungen. Er stellt jeweils auch die konkreten gesetzlichen Verbesserungen für die einzelnen Betroffenengruppen dar: Wie verbessert sich für die jeweilige Opfergruppen die finanzielle Situation, wie wird ihr Zugang zu Leistungen erleichtert oder für wen werden Zugänge erstmals ermöglicht! Ebenso zeichnet der Bericht die wichtigen Schritte des letzten Jahres auf dem Weg zur Novellierung der SED-

Unrechtsbereinigungsgesetze nach. Für mich ist es der Weg eines bedeutenden Paradigmenwechsels und Meilensteins in der Unterstützung der SED-Opfer! Es werden zum einen der politische Entscheidungsprozess und hierbei insbesondere die Einbindung der Betroffenen, von Sachverständigen der Opferverbände, der Aufarbeitungsinstitutionen und der Wissenschaft geschildert, zum anderen die Schwerpunkte des Gesetzesbeschlusses beschrieben, auch bezogen auf das neue Verfahren zur Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden, sowie schließlich der aktuelle Stand zur Einrichtung des bundesweiten Härtefallfonds dargestellt, über den ich Sie schon in der letzten Ausgabe ausführlich informierte. Die Beschlüsse und Debatten des Bundestages und des Bundesrates haben





Evelyn Zupke bei der Übergabe des Jahresberichts mit Bundestagspräsidentin Julia Klöckner. ©Team Zupke

dabei für mich im 35. Jahr der Deutschen Einheit deutlich gezeigt, dass es auf Seiten der Politik ein klares Bewusstsein gibt: Sich stets des besonderen Werts unserer heutigen Demokratie bewusst zu sein und dass der Platz als demokratische Gesellschaft an der Seite der Opfer ist.

Die Bereiche, in denen ich aktuell weiterhin Handlungsbedarf sehe, wie unter anderem bei den Betrof-

fen von DDR-Zwangsdropping oder im Bereich der viel diskutierten Fremdrente, werden klar formuliert.

Gleichzeitig benennt der Jahresbericht, an welchen Stellen es zusätzlicher Aufarbeitung und Aufklärung über die SED-Diktatur bedarf. Beides, um Transparenz über das staatliche Handeln in der SBZ und der DDR zu erlangen und um den Betroffenen von staatlichem Unrecht auch künftig besser helfen zu können. Nicht zuletzt gibt der Jahresbericht Impulse für die weitere Forschungsförderung des Bundes und die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur und somit die Vermittlung des besonderen Wertes der Freiheit in unsere Gesellschaft. Gerade da immer weniger Menschen eigene Repressionserfahrungen aus der Zeit der Deutschen Teilung besitzen, brauchen wir weiter tragfähige Brücken aus der Vergangenheit hinein in unsere heutige auch zunehmend digitalisierte Gesellschaft.

Ich bin daher dankbar, dass das Signal auch des neuen Koalitionsvertrages klar ist: Die Auseinandersetzung mit der SED-

Diktatur und ihren Folgen und insbesondere die Unterstützung der Opfer sind und bleiben für unseren demokratischen Rechtsstaat von zentraler Bedeutung. Zugleich freue ich mich, diesen Weg als SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag mit eigenen Impulsen weiter engagiert zu begleiten.

Abschließend möchte ich Sie herzlich einladen, meinen Jahresbericht 2025, den Sie auf meiner Internetseite finden, zu lesen. Ich freue mich über mögliche Rückmeldungen oder Anmerkungen. Gerne senden wir Ihnen den Bericht auch postalisch zu: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/005/2100520.pdf>

Ihre Evelyn Zupke

Die SED-Opferbeauftragte
beim Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 37893
E-Mail:
sed-opferbeauftragte@bundestag.de
www.bundestag.de/
sed-opferbeauftragte

CSU-Landtagsabgeordnete beim Bund der Vertriebenen

Mit der Feststellung, dass „der Freistaat seinen Verpflichtungen gemäß dem Bundesvertriebenengesetz in vorbildlicher Weise nachkommt“, dankte der BdV-Landesvorsitzende, Bernhard Fackelmann, insbesondere der CSU-Landtagsfraktion für deren stets verlässliche Unterstützung. Mit Ausnahme von Hessen erfahre die Kultur- und Brückenbauarbeit der Vertriebenenverbände in keinem Bundesland eine annähernd große Unterstützung wie in Bayern. Dankbar sei man besonders für die Schaffung der Kulturwerke durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder und die Haushaltsinitiativen der CSU-Fraktion. Beide Abgeordnete betonten, wie wichtig ihnen die Arbeit des BdV sei. „Der Bund der Vertriebenen leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Erinnerungskultur in Bayern. Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag steht fest an der Seite der Vertriebenen und setzt sich aktiv für ihre Anliegen ein – politisch, gesellschaftlich und kulturell.“

Sichtlich beeindruckt zeigten sich die Parlamentarier nach einem Rundgang des vom BdV initiierten und vom früheren Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer gebauten Sudetendeutschen Museums. „Dieses Museum ist weit mehr

als ein Ort der historischen Dokumentation“, so Dr. Petra Loibl. „Es macht eindrucksvoll deutlich, wie prägend Flucht, Vertreibung und Integration für die Geschichte Bayerns waren – und bis heute sind.“ Für Stefan Meyer gehört die sudetendeutsche Geschichte zur bayerischen Identität. „Es ist unsere Verantwortung, das Wissen darüber wachzuhalten – nicht nur im Gedenken, sondern auch als Mahnung für die Zukunft. Besonders im ostbayerischen Raum seien die Schicksale der sudetendeutschen bis heute lebendig.

Das Sudetendeutsche Museum sei ein zentraler Baustein, der sich der über tausendjährigen Geschichte der deutschsprachigen Bevölkerung in Böhmen, Mähren und Schlesien vorbildlich widmet.

Bund der Vertriebenen
Vereinigte Landsmannschaften
Landesverband Bayern e.V.
Am Lilienberg 5, 81669 München
Telefon 089 481447
E-Mail wider@bdv-bayern.de
Internet www.bdv-bayern.de



Gruppenbild in der BdV-Landesgeschäftsstelle. Von links Severin Sollfrank (Praktikant), stellvertretende BdV-Landesvorsitzende Herta Daniel, Dr. Raimund Paleczek, Dr. Petra Loibl, MdL, Dr. h.c. Christian Knauer, Stefan Meyer, MdL, und stellvertretender BdV-Landesvorsitzender Bernhard Fackelmann. Foto: S. Marb/BdV

Eröffnung Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen



Dr. Florian Greiner, Geschäftsführer Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen

Am Dienstag, 17. Juni 2025, war es so weit: Mit dem Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen eröffnet die erste landeseigene Gedenkstätte Hessens ihre Pforte. Der Gießener Meisenbornweg hat für viele Menschen eine hohe Bedeu-

tung. Er ist eng verbunden mit der Suche nach Freiheit, Sicherheit und einem Neuanfang. An dieser Stelle wurde Ende der 1940er ein sog. Durchgangslager errichtet. Innerhalb von etwa zwei Jahrzehnten wurde das Lager zur einzigen Notaufnahmestelle seiner Art in ganz Deutschland. Das Notaufnahmelager Gießen ist die einzige und älteste Aufnahmeeinrichtung in Deutschland, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Fall des Eisernen Vorhangs 1989/1990 ununterbrochen ankommende Menschen aus der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der späteren DDR aufnahm. Bis zu ihrer Schließung 2018 wurden im Meisenbornweg noch fast 30 Jahre nach dem Mauerfall Menschen, die aus verschiedensten Herkunftsländern Schutz suchten, aufgenommen. Die Dauerausstellung befasst sich mit der bewegten Geschichte des Notaufnahme-

lagers Gießen. Sie erläutert zudem die Gründe, warum eine solche Flüchtlings-einrichtung nötig war. Freikauf, Flucht, Ausreise und Ankommen – die Ausstellung nähert sich diesen großen Themen auf analoger und digitaler Weise. Für Schulgruppen gibt es ein breites Angebot an Workshops, die zur Beschäftigung mit spannenden Materialien einladen.

Elke Schlegel



Elke Schlegel – Eröffnung Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen. Fotos: Tony Schlegel

Gedenken an die jugendlichen Opfer der Malchower Werwolf-Tragödie

Der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Burkhard Bley richtete am 04. Juli 2025 in der Inselstadt Malchow vor der Villa Blanck die 27. Gedenkveranstaltung für die jugendlichen Opfer der Werwolf-Tragödie 1945/1946 aus Malchow und weiteren Orten Mecklenburgs aus. Er hielt die Gedenkrede und sagte u.a.: „Die Stadtgesellschaft in Malchow erinnert seit vielen Jahren zum Auftakt des traditionellen Malchower Stadtfestes an die Jugendlichen aus ihrer Mitte, die Opfer des ‚roten Terrors‘ der Sowjetmacht wurden. Die sowjetische Besatzungsmacht errichte-

te nach der Befreiung vom NS-Regime in ihrer Besatzungszone eine neue Diktatur, in der sie vermeintliche Feinde blindwütig und brutal verfolgte und sie auszulöschen versuchte. Mit unserem Gedenken bewahren wir die Namen und Schicksale dieser Menschen vor dem Vergessen.“

Hintergrund: In Malchow wurden Ende 1945 und Anfang 1946 von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD 33 Jugendliche verhaftet. Sie wurden in der Villa Blanck und auch im Keller der Dienststelle der sowjetischen Geheimpolizei NKWD in Waren (Müritz) mit brutalen Methoden

verhört. Unter Folter wurden Geständnisse erpresst, auf deren Grundlage sie in Waren und Güstrow verurteilt wurden wegen des Vorwurfs der Tätigkeit für die angebliche nationalsozialistische Sabotageorganisation Werwolf. 13 Jugendliche überlebten die Haft nicht. Die überlebenden Jugendlichen haben fünf bis sechs Jahre Lagerhaft erlitten, einige wurden erst 1954 nach über acht Jahren entlassen. Alle verhafteten Malchower Jugendlichen wurden vom Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation am 18. Oktober 1991 rehabilitiert.

Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur
Bleicherufer 7, 19053 Schwerin
Tel. 0385 734006, Fax 0385 734007
Internet www.landesbeauftragter.de

Kranzniederlegung am Deutschen Eck

Zur Kranzniederlegung anlässlich des 72. Jahrestages des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 fand eine Gedenkfeier an den Mauersegmenten am Deutschen Eck in Koblenz statt. Elke Schlegel von der UOKG appellierte mit Ihren Worten: „Bitte vergessen Sie angesichts der historischen Bedeutung dieses Ereignisses nicht die Opfer und deren Angehörige. Verstehen Sie meinen Appell als Botschaft an nachfolgende Generationen, dass sich ein Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit für die Mutigen und Entschlossenen immer lohnt.“



Bericht und Fotos Elke Schlegel, Regionalbeauftragte der UOKG für RLP

Der Aktionsstand ist da – danke für Ihre Solidarität!

Vor einigen Wochen haben wir Sie um Unterstützung gebeten – für einen Info- und Aktionspavillon, der unsere Arbeit an der Thematik #GegenZwangsarbeit in der Öffentlichkeit sichtbarer und wirksamer machen soll. Heute dürfen wir mit großer Dankbarkeit mitteilen: Dank Ihrer Spenden konnte dieser Pavillon zu 100% realisiert werden!

Wir haben den Stand bereits zum letzten Verbändertreffen aufgebaut und sind mit seiner Außenwirkung sehr zufrieden. Er wird nun zum ersten Mal beim Campus-Kinoabend am 07. August 2025 auf dem Campus für Demokratie eingesetzt. An diesem Abend werden wir auch unser thematisch passendes Kurzfeature „Zwangsarbeit in der DDR – Im Namen des Profits“ zeigen und anschließend mit den Gästen ins Gespräch kommen!

Dank Ihrer Unterstützung gibt es nun ein sichtbares Werkzeug und Zeichen für Erinnerung, Gerechtigkeit und die ungebrochene Kraft zivilgesellschaftlichen Engagements.

Ihre Hilfe macht es möglich, die Geschichten der ehemaligen politischen Häftlinge, ihre Leiden in der Zwangsarbeit und den fehlenden Umgang der verantwortlichen Unternehmen endlich stärker in den öffentlichen Raum zu bringen.

Danke, dass Sie an unserer Seite stehen! Ihre UOKG – Für die Rechte der Opfer. Gegen das Vergessen.

Sebastian Sachse
im Namen der UOKG



Foto: Lucas Hütter

Neuer Förderverein unterstützt Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis

Beim Treffen des Trägervereins des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis e.V. am 24. Juni 2025 in unserem Lernort im

früheren Hafttrakt B hat sich ein neuer Verein zur Förderung unserer Gedenkstätte gegründet. Hintergrund ist die zunehmende Unsicherheit bei öffentlichen Fördergeldern, die auch die Zukunft des Lernorts gefährden könnte.

zunehmende Unsicherheit bei öffentlichen Fördergeldern, die auch die Zukunft des Lernorts gefährden könnte.



Die Anwesenden des Gründungstreffens – Stephan Tscheschel, Uwe Bodewell, Jens Kroll, Nicole Jassner-Sehning, Marc Rennfleisch, Stephan Tischendorf, Melanie Langhammer und den Vorsitzenden unseres Trägervereins, Jürgen Renz (v.l.) – im Eingangsbereich unseres Lernorts. Fotocredit: Ingolf Notzke/Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis

„Der ‚Förderverein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis‘ will durch Mitgliedschaften, Spenden und Sponsoring einen wichtigen Beitrag zur finanziellen und ideellen Unterstützung der Gedenkstättenarbeit leisten“, sagte Nicole Jassner-Sehning, Erste Vorsitzende des neuen Vereins und zugleich Schatzmeisterin des Trägervereins. „Angesichts der an-

gespannten öffentlichen Haushaltslage und der schwierigen Fördermittelsituation wollen wir ein starkes Zeichen setzen und unsere Gedenkstätte aktiv voranbringen.“


Ziel sei es außerdem, den Lernort bei der Einwerbung von öffentlichen und privaten Fördermitteln zu unterstützen und ihn noch stärker in der Zivilgesellschaft zu verankern.

Der neue Förderverein handelt unabhängig von unserem Trägerverein, dem Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V., der unverändert weiter besteht.

Zu den Gründungsmitgliedern des Fördervereins gehören neben Nicole Jassner-Sehning der Architekt unseres Lernort-Umbaus, Marc Rennfleisch, der zum Zweiten Vorsitzenden gewählt wurde, unser Fachplaner Uwe Bodewell, die Diplomatin Manja Kliese und der Bundeswehr-

angehörige André Kliese, unser Vermieter Jens Kroll, unser langjähriges Mitglied im Trägerverein Melanie Langhammer, die Chemnitzer Bundestagsabgeordnete Nora Seitz, Pfarrer Stephan Tischendorf vom Evangelischen Forum Chemnitz und der frühere Schatzmeister unseres Trägervereins, Stephan Tscheschel.

Der Förderverein steht interessierten Unterstützerinnen und Unterstützern offen. Eine eigene Kontaktadresse und eine Bankverbindung werden derzeit eingerichtet. Vorerst ist der Verein über den Lern- und Gedenkort erreichbar.

Lern- und Gedenkort
Kaßberg-Gefängnis e.V.
Kaßbergstraße 16 c
09112 Chemnitz
Tel.: 0371 5248 6880
Fax: 0371 5248 6881
Internet: <https://gedenkort-kassberg.de/>
Mail: info@gedenkort-kassberg.de 

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17.00 Uhr statt.

Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Dritter Bundesfrauenkongress in Dessau-Roßlau „Dialog der Generationen“

Es freut uns sehr, dass der Dritte UOKG-Bundesfrauenkongress nun wie geplant in Kooperation mit dem Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/SED-Diktatur e.V. und dem Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt vom 26. bis 28. September 2025 in Dessau-Roßlau stattfindet.

Unter dem Titel „Dialog der Generationen – Erinnern, Verstehen, Heilen“ werden wir uns unter anderem mit folgenden Themen beschäftigen:

– Für die Thematik „Transgenerationale Weitergabe“ konnten wir erfreulicherweise die Expertin Agathe Israel als Referentin und Podiumsteilnehmerin gewinnen. Wie immer werden wir Frauenhaftstätten, diesmal mit Bezug zu Dessau, vorstellen. Da die Forschung hierzu große Lücken aufweist, bemühen wir uns, neue Erkenntnisse einzubringen und haben dazu Niklas Poppe angefragt.

– Erstmals im Rahmen des Frauenkongresses werden wir uns mit den Venerologischen Stationen befassen und u.a. die Wanderausstellung des Koope-

rationsprojektes der Riebeckstraße 63 e.V. und der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau zeigen.

- Für das so wichtige Thema Resilienz/Widerstandsfähigkeit wird eine Betroffene ihr ins Leben gerufene Taschentuch-Projekt vorstellen, welches exemplarisch den individuellen Umgang mit dem erlebten Unrecht deutlich macht.
- Weiterhin wird das Projekt zum Paragraphen 249 des DDR-Strafgesetzbuches in Form einer Wanderausstellung von den Verantwortlichen vorgestellt.

Ganz wichtig ist es uns natürlich, dass nicht nur Experten zu Wort kommen, sondern auch Zeitzeugen über ihre Erlebnisse, mögliche familiäre Konsequenzen und ihren Umgang damit auf Podien öffentlich äußern können. Am Sonntag wird ein Gottesdienst in der St. Johannis-Kirche in Dessau-Roßlau stattfinden, so dass alle Teilnehmenden ihren Heimweg mit Gottes Segen antreten können.


Darüber hinaus ermöglicht Ihnen der Kongress andere betroffene Frauen (und auch Männer) von SBZ/

SED-Unrecht, Kinder und Kindeskin-der persönlich kennenzulernen und mit ihnen in einen Erfahrungsaustausch zu treten.

Da **die Anzahl der Teilnehmer am Kongress begrenzt** ist, bitten wir Sie, nach erfolgreichem Absenden dieses Formulars auf die Bestätigungsmail der UOKG mit den Zahlungsdetails zu warten. Ihre Teilnahme ist erst durch die Bestätigung UND Überweisung des Kongressbeitrags verbindlich.

Dieser beträgt **für den gesamten Kongress 80 € inkl. Verpflegung und Unterbringung**, für ein Einzelzimmer wird ein Zuschlag von 30 € erhoben. Tagessgäste zahlen für den 26. oder 27.9.25 je 25 €.

Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich hier über unser Anmeldeformular registrieren: <https://tinyurl.com/mpzs8hev>

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen oder Kennenlernen auf dem dritten Bundesfrauenkongress Ende September 2025 in Dessau-Roßlau! 

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V. (ARE)

Liebe Freunde, liebe und sehr geehrte Mitglieder und Mitstreiter der ARE, der Fördergemeinschaft Recht und Eigentum (FRE), des Bundes der NeusiedlerInnen (BNE) und des Aktionskreises Kulturerbe (AKU) sowie Kooperationspartner und nahestehende Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren, im vergangenen Frühjahr hatte unser Zusammenschluss Kurs auf die Schwerpunktthemen 2025 genommen und zunächst in Braunlage/Harz vom 08. bis 12 April die wichtigsten Themen für unsere Öffentlichkeitsarbeit und die Initiativen in der Politik sowie bei den Gerichten ins Visier genommen. In unseren vergangenen Kurzinfos wurde hierzu berichtet. Mit einigen der Folgewirkungen haben wir uns noch zu beschäftigen und verweisen auch auf die Stellungnahmen von Prof. Ulrich Blum und Dr. Johannes Wasmuth.

Noch nicht berichtet haben wir bisher über die Mitwirkung des Bundesvorsitzenden der ARE, Graf von Schwerin, an einem weiteren Treffen, das von der Pückler Stiftung Branitz vom 22. bis 24. Mai. Durch die Teilnahme an den Podiumsdiskussionen und der Mitwirkung im Gesamtanlauf dieser gut organisierten und innerlich anspruchsvollen Tagung

mit dem Schwerpunkt der Provenienzforschung wurden die bedeutungsvollen Folgen der Enteignungen bzw. Konfiskationen sowie der heutige Stand der Maßnahmen zur Wiedergutmachung und Wiederherstellung der Eigentumsrechte deutlich.

Insbesondere ist aber auf das steigende Interesse in der Öffentlichkeit für das Thema des Kulturgutschutzes und seiner Folgen transparent und deutlich erkennbar. Mit der Pückler Stiftung wurden seitens ARE und FRE ein künftiger Gedankenaustausch sowie auch gemeinsame Initiativen auf der Ebene von Justiz und Öffentlichkeitsarbeit vereinbart. Festzustellen ist zusammenfassend, dass generell mehr Wert auf Vernetzung der Forschungsarbeit und Kooperation bei gemeinsamen Vorhaben sichergestellt werden sollen.

In der Zwischenzeit sind erfreulicherweise die Erschließungsarbeiten bei den aus Plänitz der Bundesstiftung Aufarbeitung vertraglich übertragenen Informationskonvoluten (bisher bereits 122 Leitz Ordner mit Fällen usw.) voll erschlossen und mit einem Findbuch versehen worden. Die Bundesstiftung für Aufarbeitung

schreibt zur Übergabe der Findbücher zum Bestand, dass der Zugriff im Bestand der Bundesstiftung ab jetzt möglich ist: <https://tinyurl.com/bdh9s6kj>

Am 07. Juli fand in Plänitz die abschließende Behandlung dieses Themenkomplexes statt. Mit der Direktorin Frau Dr. Anna Kaminsky bei diesem „Spitzentreffen“ wurde die Ausrichtung für eine künftig engere Zusammenarbeit zwischen Bundesstiftung und unserem Zusammenschluss als Schwerpunktthema diskutiert. Es ist daran gedacht, dass das nunmehr arbeitsfähige Archiv, vor allem mit Fallbeispielen und Zeitzeugenberichten sowie der Gutachten und Bewertungen der Politik der Bundesrepublik, eine Evaluation erfährt um dem historischen Auftrag der Information über die Geschehnisse nach 1945 in angemessener Weise Rechnung zu tragen. Zudem können die Bürger und Interessierte sich selbst in dem Archiv unter dem Stichwort ARE oder FRE kundig machen. Sie können sich hier über die tatsächlichen Verhältnisse der Epoche zwischen 1945 und 1949 sowie 1949 bis 1989 Klarheit verschaffen mit vielen ergänzenden Fakten. Wir leisten damit einen bedeutenden Beitrag zur Wahrheitsfindung und damit zur Aufarbeitung.



Branitz – Fachtagung Bodenreform. Hier soll in diesem Herbst der weitere Ausbau des „Ländlichen Zentrums zur Aufarbeitung der SBZ und DDR“ mit neuem Schwung erfolgen. Wahrscheinlich ist das zunächst nur eine Teileröffnung am 13. September 2025. Für Anfragen und Besuchsankündigen sind wir dankbar und bitten den jetzt aktuellen Kontakt weiter auszugestalten. Wir wollen in jedem Fall das Jahr 2025 in seiner Bedeutung der Erinnerung herausstellen und die Notwendigkeit des weiteren Einsatzes für Rechtsstaat Recht und Eigentum bekunden.

In diesem Jahre jährt sich auch die Klärstellung des ehemaligen US-Präsidenten George Bush Senior und Michael Gorbatschow, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (1985 bis 1991), der zufolge es keine Forderungen oder Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse gegeben habe. Auf die Folge der Fortwirkung dieser Unwahrheit werden wir noch in besonderer Form eingehen und die Öffent-

lichkeit mit den Tatbeständen zusätzlich ins Bild setzen.

Abschließend wiederholen wir aus gegebenem Anlass unsere Anregung und Bitte dabei zu bleiben und unsere Arbeit durch neuerlichen „Kraftstoff“ verstärken zu können. Für Fragen zu den heute genannten Themen stehen wir gerne zur Verfügung und schicken ihnen auch ein Foto mit, aus dem jüngsten Fortschritte bei der Plänitzer Restaurierung gesehen werden können.

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen

Das ARE/FRE-Team mit
Manfred Graf von Schwerin

Bankverbindung: ARE
Bank: Raiffeisenbank OPR
IBAN: DE 68 1606 1938 0103 0127 94
BIC: GENODEF1NPP
Internet: WWW.ARE-ORG.de

Nachruf auf Manfred Matthies (1941 – 2025)

Am 19. Juni 2025 verstarb Manfred Matthies: Fluchthelfer aus Idealismus – Gedenkstätten-Guide mit Leib und Seele. Mit schwerem Herzen nehmen wir Abschied von einem großartigen Menschen, der sein Leben dem Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit und der Aufarbeitung des SED-Unrechts gewidmet hat.

Mit 17 Jahren flieht der gebürtige Magdeburger aus der DDR. Er geht nach Westberlin und besucht die dortige Meisterschule des Kunsthandwerks. Nach dem Bau der Berliner Mauer schließt er sich einer studentischen Fluchthelfergruppe an. Sie fälschen Passierscheine und Ausweise, unterstützen Tunnelbauaktionen und fahren in Autos versteckte Flüchtlinge von Ost- nach Westberlin.

„Wir wussten ja, was es bedeutet, nach dem Mauerbau aus der DDR nicht mehr wegzukommen. Da hab' ich natürlich mitgemacht. Es war nicht legal, aber notwendig!“ Der BND wirbt einige aus der Fluchthelfergruppe an. Auch Manfred hat eine V-Nummer und übernimmt Kurier- und Erkundungsfahrten in Ostberlin. Laut seiner Stasi-Vernehmungprotokolle hat er von Ende 1962 bis zum Frühjahr 1964 dreizehn Kontakte zum BND. Bis zu ihrer Auflösung 1966 verhilft die Gruppe über 80 DDR-Bürgerinnen und -Bürgern zur Flucht. Fortan verhilft Manfred auf eigene Faust Menschen zur Flucht in den Westen. Mehrfach gelingt es ihm, Fluchtwilige in präparierten Autos versteckt über die Grenze zu fahren.

Am 29. Dezember 1972 wird er bei einer dieser Aktionen festgenommen. Die Frau, die er in einem umgebauten BMW in den Westen bringen will, steht bereits unter Beobachtung der Staatssicherheit. Nach neun Monaten Stasi-Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen verurteilt ihn das Stadtgericht Berlin im August 1973

wegen „staatsfeindlichen Menschenhandels“, „Spionage“ und „Terror“ zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren. Seine Strafe muss er in der Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II verbüßen. Neun Monate ist er in strenger Isolationshaft – ohne Bücher, ohne Matratze, ohne Besuch, mit nur halber Verpflegung.

Nach drei Jahren und drei Monaten politischer Haft kauft ihn die Bundesrepublik im März 1976 frei. Manfred kehrt nach Westberlin zurück. Doch es fällt ihm schwer, sich in der Freiheit wieder zurecht zu finden. „All die Erlebnisse einfach abzuschütteln, das ging nicht.“ Die Jahre in denen er recht- und machtlos seinen Bewachern ausgeliefert war, das Erleben der Entwürdigungen und Demütigungen – all das hat tiefe Spuren hinterlassen. Manfred leidet noch Jahrzehnte nach seiner Entlassung unter Angstzuständen, innerer Unruhe, Platzangst und vor allem unter Alpträumen. Es muss immer eine Lampe brennen, damit er einschlafen kann. Und wenn er dann schläft, dann kommen die Träume. „Die Dämonen, also die Leute, die mich in Bautzen II misshandelt haben, auch die, die meinen Fall bearbeitet haben, die Vernehmer und Staatsanwälte, die kehrten an mein Bett zurück. Sie standen plötzlich vor mir und ich habe wirklich mit denen gesprochen, obwohl sie gar nicht da waren.“

Nach dem Ende der DDR werden aus Manfreds Haftorten Berlin-Hohenschönhausen und Bautzen II Gedenkstätten. In den Fluren und Zellen der Gefängnisse finden Besucherinnen und Besucher seit Mitte der 90er Jahre Ausstellungen über die hier inhaftierten Menschen und die historischen Hintergründe politischer Repression in der DDR. Manfred empfindet es als Genugtuung, dass auch sein Haftschicksal an den Orten seines Leidens dokumentiert und gewürdigt wird.

Mit fast 60 Jahren beginnt Manfred Matthies aktiv, die Arbeit dieser Einrichtungen zu unterstützen. Unermüdlich führt er unzählige Besuchergruppen durch die beiden Gedenkstätten, nimmt an Tagungen und Kolloquien zu zeithistorischen Fragestellungen teil und spricht in Zeitzeugen-Interviews offen über seine Hafterfahrungen.

Besonders engagiert er sich in der Gedenkstätte Bautzen. Hier steht er dem Team mit Rat und Tat zur Seite. Er berät bei der Entstehung der Dauerausstellungen und ist immer bereit, jede erdenkliche Frage zu erörtern und jede neue Projektidee mitzutragen und zu unterstützen. Er tritt dem Bautzen-Komitee e. V. und dem Förderverein der Gedenkstätte Bautzen bei.

An vielen, mitunter langen Abenden, sitzen wir beim Wein zusammen, hören Manfreds Geschichten und debattieren über neue Projekte der Bildungsarbeit.

Wir danken Manfred Matthies für seinen Mut, seine Überzeugung und sein Engagement. Er war ein Mensch, der für seine Überzeugungen eintrat, ohne Rücksicht auf persönliche Risiken, ein kluger, gebildeter, weltoffener Mann, mit Humor und der Gabe, über sich selbst lachen zu können.

Möge sein Vermächtnis uns stets daran erinnern, wie wichtig es ist, für Gerechtigkeit und Freiheit einzutreten.

Gedenkstätte Bautzen
Stiftung Sächsische Gedenkstätten
zur Erinnerung an die Opfer politischer
Gewaltherrschaft
Weingangstraße 8a | 02625 Bautzen
Postanschrift:
Postfach 1928 | 02609 Bautzen
(+49) 3591 530363
www.gedenkstaette-bautzen.de



Nachruf auf Klaus Hobrack

Klaus Hobrack hatte als 18jähriger die Glocken in der zerstörten Stadtkirche von Jena geläutet, als die Arbeiter am 17. Juni 1953 in der Stadt demonstrierten. Am Nachmittag waren sowjetische Soldaten in die Stadt eingerückt. Sie schlugen den Aufstand nieder und verhafteten zahlreiche Menschen, so auch Klaus Hobrack, der in einem folgenden Prozess zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Nun erreichte uns über einen Nachbarn Hobracks die traurige Nachricht: Der Aufstands-Veteran ist tot; er starb am 09. Juni diesen Jahres im Alter von 90 Jahren.

Auch Hobracks ein Jahr jüngerer Bruder Siegfried war am 17. Juni 1953 aktiv und beteiligt sich als 17jähriger am Streik der Zeiss-Arbeiter. Er war Zeuge, als die Arbeiter die SED-Zentrale im Stadtzentrum stürmten. Nachdem die Demonstrationen durch den Einsatz sowjetischer Panzer aufgelöst worden waren, trafen sich die beiden Brüder auf dem Weg nachhause und beschlossen spontan, an den Ort des Geschehens zurückzukehren. Am Holzmarkt, dem Sitz der SED-Zentrale, stießen sie auf ihren Onkel Ede, der in der Kreisleitung der SED arbeitete. Ein heftiges Wortgefecht führte dazu, dass der eigene Onkel seine Neffen von sowjetische Soldaten verhaften ließ.

Die Stasi brachte beide Brüder vor Gericht: Der noch minderjährige Siegfried wurde zu „gemeinnütziger Arbeit“, Klaus hingegen zu drei Jahren Zuchthaus wegen „Boykotthetze“ verurteilt. Seine Haft verbüßte er im Arbeitslager der Stasi-Strafanstalt Hohenschönhausen in Berlin. Siegfried wurde als Jugendlicher von

einem Jugendgericht in Gera zu 5 „freiwilligen“ Arbeitseinsätzen verurteilt. Die Strafe wäre vermutlich ohne den Einsatz seiner Arbeitskollege weit höher ausgefallen. Diese hatten eine Teilnahme am Prozess erzwungen und bei einer Verurteilung mit dem Austritt aus der FDJ gedroht. Siegfried floh nach der Verrichtung der auferlegten Arbeitseinsätze im Februar 1954 in den Westen und lebte danach in der Eifel.

Die beiden Brüder wurden später – nach dem Mauerfall – vielfach in Jena geehrt und regelmäßig zu entsprechenden Events in Jena eingeladen. Siegfried starb am 22. September 2024 in Wittlich, Rheinland Pfalz. Klaus blieb seiner Heimatstadt treu und folgte nun, nur

ein knappes Jahr später, seinem Bruder nach.

Die Beisetzung fand am 19.07.2025 im Familiengrab von der Öffentlichkeit unbeachtet im kleinen Kreis auf dem Ostfriedhof in Jena statt. Kein Vertreter der Stadt, einer Partei oder sonstigen örtlichen Institution war anwesend. Auch die örtliche Presse war nicht vertreten. Es gab wenigstens einen letzten Blumengruß. Einen Kranz? Fehlanzeige!

Quellen: <https://tinyurl.com/mrx73am8>, <https://tinyurl.com/mkrxwvr5>, „Der 17. Juni 1953 in Jena. Skizzen eines Aufstandes“ (2014, komplett) https://www.youtube.com/watch?v=_qkWuOYGHil



(V.l.): Klaus Hobrack und Dr. Henning Pietzsch am 17. Juni 2014 bei der Vorstellung der Zeitzeugenwerkstatt „Der 17. Juni 1953 in Jena“. Quelle: Archiv Geschichtswerkstatt Jena

Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.

Vorstandswahlen Menschenrechtszentrums Cottbus: Dieter Dombrowski und Heide Schinowsky im Amt bestätigt. Die Mitgliederversammlung des Menschenrechtszentrums Cottbus e. V. (MRZ) hat Dieter Dombrowski als Vorsitzenden und Heide Schinowsky als seine Stellvertreterin erneut gewählt. Das MRZ zählt heute zu den bekanntesten Gedenkstätten Brandenburgs. In den vergangenen Jahren wurde hier die Aufarbeitung von SED-Unrecht weiterentwickelt und zudem die Geschichte des ehemaligen Zuchthauses Cottbus während der NS-Zeit stärker in den Fokus gerückt.

Ehemalige politische Häftlinge der DDR gründeten im Oktober 2007 den Verein Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (MRZ), der seit 2011 Eigentümer des ehemaligen Gefängnisses (1860-2002) in der Bautzener Straße und Träger der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus ist. Im Zentrum der Arbeit der Gedenkstätte steht die Auseinandersetzung mit politischem Unrecht während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und der SED-Diktatur. Ganzjährig zeigen mehrere Dauer- und Sonderausstellungen in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus Beispiele politischen Unrechts aus beiden deutschen Diktatu-

ren des 20. Jahrhunderts. Während des Nationalsozialismus wurde das Zuchthaus u. a. als Frauengefängnis genutzt. Inhaftiert war dort auch die letzte Überlebende der Widerstandsgruppe Weiße Rose, Traute Lafrenz, die im Jahr 2023 verstarb. Ihre Nachkommen übergaben dem Verein posthum das Bundesverdienstkreuz der Verstorbenen, das seither im Haus öffentlich ausgestellt ist. „Menschenrechte sind auch heute noch in Gefahr. Unsere Gedenkarbeit ist Mahnung und Verpflichtung zugleich, wachsam zu bleiben“, sagte Schinowsky.

Alle Mitglieder des neugewählten Vorstands: www.menschenrechtszentrum-cottbus.de



VOS e.V. in Mecklenburg-Vorpommern

Am 20. Juni 2025 fand die mit Spannung erwartete Mitgliederversammlung der VOS – Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V. im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern statt. Diese Veranstaltung bot eine wichtige Plattform, um die Anliegen der Mitglieder zu besprechen und den neuen Vorstand zu wählen.

Wir freuen uns, bekanntgeben zu können, dass André Rohloff (Jahrgang 1969) zum Landesvorsitzenden, Sigrid Strelow (Jahrgang 1960) zur 1. Stellvertretenden Landesvorsitzenden und Eric Aust (Jahrgang 1999) zum 2. Stellvertretenden Landesvorsitzenden in den Landesvorstand gewählt wurden.

André Rohloff

Hinweise und Korrekturen

Sehr geehrte Damen und Herren! Durch die langjährigen Bemühungen der SED-Opferbeauftragten, der Union der Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft und einige Bundestagsabgeordnete bekomme ich nun ab dem 01. Juli 2025 eine Ehrenpension für meine 1962 erlittene Haft in mehreren DDR-Gefängnissen. Ich war damals gerade 18 Jahre alt und hätte diese Genugtuung auch meinen Eltern und meiner Schwester gewünscht, die lange nicht mehr leben, aber damals sehr mit mir litten. Ich werde in wenigen Tagen 82 Jahre alt und bin sehr dankbar, dass ich diese Anerkennung noch erleben darf, nachdem die SED-Täter meist keine finanziellen Sorgen im Alter haben. Trotzdem möchte ich mit ihnen nicht tauschen. Mir ist es ein Anliegen, dass auch mein langjähriger, treuer Mitarbeiter Friedhelm Schülke diese Ehrenpension ohne Einkommensprüfung erhält. Er wurde trotz bester Zeugnisse schon mit 14 Jahren nicht zur Abiturstufe zugelassen, weil er die sozialistische Jugendweihe ablehnte und statt dessen die christliche Konfirmation wählte. Seine Diskriminierung war in der DDR vorgezeichnet und wirkt sich bis heute aus. Hier klafft noch eine große Gerechtigkeitslücke. Mit nochmaligem Dank für Ihre Bemühungen und mit freundlichen Grüßen Ihr Manfred Schukat

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Archiv: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2024 als PDF-Dokument online im Archiv abgerufen werden unter: www.uokg.de/stacheldraht/

Unsere Webseite: www.uokg.de

Rubriken: Aktuelles, Beratung, Verein, Projekte, Stacheldraht, Videos, Publikationen, Kontakt

Newsletter: www.uokg.de/publikationen/newsletter/

Wir sind in den Sozialen Medien aktiv! Folgen und abonnieren Sie uns, liken und teilen Sie gern unsere Beiträge!

UOKG auf YouTube: www.youtube.com/@UOKGnews/

UOKG auf Facebook: www.facebook.com/UOKGeV/

UOKG auf Instagram: www.instagram.com/UOKGeV/

UOKG auf LinkedIn: www.linkedin.com/company/UOKGeV/

ABONNENTEN können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung an **E-Mail:** der-stacheldraht@uokg.de

ABO-KONTO STACHELDRAHT

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE3333030

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

Verkaufspreis: aktuell Jahresabo 10 Euro inkl. Postversand, Einzelausgabe 1,50 Euro inkl. Postversand

Jahresabo 9 Euro elektronische Ausgabe (pdf), Einzelausgabe 1 Euro elektronische Ausgabe (pdf)

Der Wochenrückblick ist ein E-Mail-Pressespiegel, der Institutionen und Interessierte rund um das Thema DDR-Aufarbeitung informiert. Im Fokus stehen dabei die Opfer der SED-Diktatur. Er ist kostenlos und erscheint insgesamt in 50. Kalenderwochen im Jahr (Abweichungen möglich). Sie wollen den Wochenrückblick direkt auf Ihre Email erhalten? Sehr gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf. Dafür schicken Sie uns einfach eine **E-Mail an:** wochenrueckblick@uokg.de. Der Wochenrückblick wird herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40. **Internet:** www.uokg.de/wochenrueckblick/

Redaktionsschluss Impressum letzte Seite. Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

Leihgaben von Zeitzeugen als Ausstellungsobjekte gesucht


Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. und Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße bitten um Mithilfe. Dieser Aufruf richtet sich an Zeitzeugen und Zeitzeuginnen sowie deren Angehörige, die als politisch Verfolgte ins Visier des Ministeriums für Staatssicherheit geraten und inhaftiert worden sind. Gesucht werden Menschen, die bereit sind, Erinnerungsstücke als Exponate für eine Ausstellung zur Verfügung zu stellen – als Leihgabe oder Kopie. Das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. und die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße planen gemeinsam eine Ausstellung zum Thema „Leben nach der Haft – Leben mit der Erinnerung. Folgen von Hafterfahrungen in den DDR-Bezirken Potsdam und Cottbus“. Im Zentrum der Ausstellung sollen die ehemaligen Inhaftierten der DDR-Haftorte in der Potsdamer U-Haftanstalt und der Strafvollzugs-einrichtung Cottbus stehen. Ausgewählte

Biografien geben Raum für die Erinnerungen von Betroffenen. Sie machen das große Spektrum der Folgen von Haft und Repression deutlich und die Widerstandsfähigkeit ehemaliger Inhaftierter sichtbar. Darüber hinaus werden unterschiedliche Lebenswege nachvollziehbar. Reflektiert werden auch die gesellschaftlichen und politischen Hintergründe von Repression in Ostdeutschland nach 1945 sowie die Themen Rehabilitation, Entschädigung und juristische Aufarbeitung im wiedervereinigten Deutschland.

Die Ausstellung soll 2026 in der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße sowie im Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. präsentiert werden. Um die Ausstellung so vielfältig und anschaulich wie möglich zu gestalten, werden Ausstellungsobjekte gesucht, die zum Durchleben politischer Haft in Cottbus oder Potsdam oder zu

dem Leben nach der Haft in Bezug stehen. Diese Exponate können persönliche Erinnerungsstücke jeder Art sein, z. B. Alltagsgegenstände, künstlerische Objekte, schriftliche Aufzeichnungen, Fotografien und vieles mehr. Wegen der hohen, persönlichen Bedeutung privater Erinnerungsstücke werden sie von den Gedenkorten Potsdam und Cottbus mit der entsprechenden Sorgfalt und Wertschätzung behandelt. Verwendung und Rückgabe von Leihgaben werden über Verträge verbindlich geregelt. Von unentbehrlichen Stücken können Repliken angefertigt werden.

Wenn Sie im Besitz eines entsprechenden Objektes sind, wenden Sie sich bitte bis zum 15. September 2025 an Martina Reimann von der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße.

Mail: ausstellung@gedenkstaette-lindenstrasse.de **oder** Dr. Steffen Alisch, Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. unter steffen.alisch@menschenrechtszentrum-cottbus.de 

Zeitzeugen einer Flugblattaktion aus Greiz zu Weihnachten 1983 gesucht

Mein Name ist Pauline Leopold und ich schreibe Ihnen aus der Gedenkstätte Amthordurchgang. Ich assistiere derzeit ein großes Schulprojekt, das sich mit der Ballonflucht von 1979 über die innerdeutsche Grenze von Thüringen nach Bayern beschäftigt. Im Vordergrund des Projektes stehen daher die Aufarbeitung der Schattenseiten der DDR und eine besondere Vertiefung der möglichen Fluchtursachen und Repressalien, die mit Haft in der DDR verbunden waren. Hierzu versuchen wir zu jeder Stadt, in der das Projekt stattfindet (insgesamt sechs Städte in diesem Jahr), auch den regionalen Bezug zum Thema herzustellen und für die Schüler und Schülerinnen auch über persönliche Bezüge im Projekt Anbindung herzustellen. **Für das Gymnasium in Greiz haben wir hierzu einen Workshop geplant, der sich nochmal gesondert mit einer Flugblattaktion von Weihnachten 1983 beschäftigen wird.** Diese Aktion hat zeitgleich auch in Gera stattgefunden und hier Haftstrafen nach sich gezogen. **Die Geschichte ist für Gera allerdings sehr viel besser aufgearbeitet, als in Greiz.** Daher ist für uns zunächst relevant, Menschen zu erreichen, die noch einen Bezug zu dieser Aktion, die sich gegen das Aufrüsten stark gemacht und zum


Frieden aufgerufen hat, zu finden und mit ihnen in Kontakt zu kommen.

In den Weihnachtstagen des Jahres 1983 haben in Greiz Jugendliche Flugblätter in Hausbriefkästen verteilt. Die Aktion rief dazu auf, sich für den Frieden und gegen die Aufrüstung einzusetzen – ein mutiger Appell in einer Zeit, in der freie Meinungsäußerung in der DDR mit erheblichen Risiken verbunden war. Zeitgleich fand eine ähnliche Aktion auch in Gera statt, die später von der Staatssicherheit unter dem Operativ-Vorgang „Kerze“ erfasst wurde. Für Gera liegen bereits umfangreiche Informationen vor. Für Greiz jedoch sind die Hintergründe bisher nur lückenhaft dokumentiert. Deshalb suchen wir nun gezielt Menschen aus Greiz oder dem damaligen Umfeld, die sich an diese Flugblattaktion

erinnern – sei es aus eigener Beteiligung, als Augenzeuge oder Zeitzeuge, durch Gespräche in Familien- und Freundeskreis oder durch eigene Beobachtungen. Besonders hilfreich wären auch:

- Originale Flugblätter
- Fotos, Briefe oder andere Dokumente
- Persönliche Berichte oder Erinnerungen

Wenn Sie Hinweise geben können oder jemanden kennen, der sich noch an diese Aktion erinnert, freuen wir uns sehr über Ihre Nachricht. Nehmen Sie hierzu gern Kontakt auf mit:

Pauline Leopold
Gedenkstätte Amthordurchgang e.V.
Amthordurchgang 9, 07545 Gera
Tel: 0365-5527630
www.torhaus-gera.de 

Renten für SED-Opfer erhöhen sich

Ein neues Gesetz erhöht die Opferrenten für politisch Verfolgte des SED-Regimes deutlich. Zudem können Gesundheitsschäden einfacher geltend gemacht werden. Besonders wichtig ist, dass Betroffene nicht mehr bedürftig sein müssen.

Podcast: Deutschland Radio Kultur – Länderreport: <https://tinyurl.com/4xpab565>

Ein Beitrag, für den auch der Bundesvorsitzender der UOKG, Dieter Dombrowski, interviewt wurde.

Verramscht? Die ostdeutsche Wirtschaft und die Treuhand

Für die meisten Ostdeutschen war der 01. Juli vor 35 Jahren der euphorisch gefeierte Tag, an dem mit der DM die Konsumfreiheit kam. Fachleute hatten vor den Folgen des 1:1 Tausches gewarnt. Für die DDR-Betriebe war er eine gefährlich Bürde. Diese und andere Probleme wurden später der Treuhand angelastet, die die sogenannten volkseigenen Betriebe in die Marktwirtschaft begleiten sollte. Die seit einigen Jahren zugänglichen Akten der Treuhand zeigen, dass sie flexibler auf Probleme reagierte, als oft unterstellt. Die Umwandlung der ostdeutschen Wirtschaft führte keineswegs zu flächendeckenden blühenden Landschaften. Doch, wenn man Umwandlungen in einzelnen Betrieben betrachtet, verliefen sie keineswegs so negativ, wie oft geunkt wird. Eine andere Frage ist, ob dies die ehema-

ligen Mitarbeiter überzeugt, die den Preis der Arbeitslosigkeit zahlen mussten.

Autoren: Bodo Ramelow, Norbert Pötzl, Gerd Gebhardt, Krzysztof Okonoski, Dierk Hoffmann, Marcus Böick, Andreas Malycha, Barbara Bischoff, Michael Schönherr, Wolf Schöde, Jürgen Kühl, Iris Gleicke, Dorothee Wierling; Christopher Neumaier, Jakob Warnecke, Detlef Brunner, Rainer Karlsch, Gerhard Heimpold, André Steiner, Klaus Dörre, Gordon Rapp, Andreas Morgenstern, Jessica Lindner-Elsner, Michael Clausecker, Felix Axster, Manfred Schneider, Kristina van Deuverden, Reint E. Gropp, Oliver Holtemöller, Sabine Auerbach.

Christian Booß/Martin Böttger
Herausgeber



Redaktion: M. Sengewaldt, M. Kubacki
Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Haus 1
Ruschestr. 103
10365, Berlin
Germany
Internet: <http://h-und-g.info/forum/schwerpunkt-1/25-treuhand>

Grenzopfer Fred Woitke

Auf den Familienvater Fred Woitke wurde Ostern 1973 (21. April) am Grenzübergang Marienborn in Sachsen-Anhalt insgesamt 100 Schüsse abgegeben. Das Opfer verstarb an Ort und Stelle. Ab September 2025 wird nun endlich der Bahnhofsvorplatz von Helmstedt den Namen Fred Woitke tragen. Einen weiteren Antrag haben wir auch in seiner ehemaligen Heimatstadt Eisenhüttenstadt gestellt. Die Gedenkstätte Marienborn befindet sich auf dem Gelände des größten ehe-

maligen Grenzübergangs der DDR an der innerdeutschen Grenze: <https://gedenkstaette-marienborn.sachsen-anhalt.de/startseite>

Die Stadt Helmstedt würdigt nun das DDR-Grenzopfer: Am 13. September 2025 um 13.00 Uhr findet auf dem Bahnhofsvorplatz Helmstedt eine Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an alle Grenzopfer der DDR statt. Aus der Staatskanzlei Niedersachsen wird Ministerin

Daniela Behrens zu einer Rede erwartet. Die Gedenkveranstaltung wird anschließend in der Gedenkstätte Marienborn fortgesetzt, an der auch die Ministerin der Justiz aus Sachsen-Anhalt, Franziska Weidinger, teilnehmen wird.

Michael Teupel, VOS (Vorsitzender)
Bezirksgruppe Lutherstadt Eisleben
Sachsen-Anhalt e.V.
<https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/service/vereine-gedenkstaetten>



Ehemaliger Grenzübergang Marienborn – Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn ist ein Erinnerungsort der deutschen und europäischen Zeitgeschichte. Foto: Henning Pietzsch

Neue Ausgabe der Zeitschrift Gerbergasse 18 – Schwerpunkt AUF DEM LAND

Vor 65 Jahren wurde die „Vollkollektivierung“ der DDR-Landwirtschaft für abgeschlossen erklärt und damit „der historische Sieg des Sozialismus auf dem Lande“ verkündet. Tatsächlich war der durch das SED-Regime ausgerufenen „sozialistische Frühling“ 1960 durch Agitation, Zwang und Gewalt geprägt. Wer sich weiterhin weigerte, „freiwillig“ in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) einzutreten, wurde als Militarist und Kapitalist diffamiert oder wegen fehlender Ablieferungen öffentlich denunziert. Die Propagandakampagne führte unter weiten Teilen der Landbevölkerung zu Existenzsorgen und Fluchtgedanken, während die DDR-Führung unter Walter Ulbricht „die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft als Erfüllung des jahrhundertelangen Befreiungskampfes des deutschen Bauern“ proklamierte.

Enteignung und Verstaatlichung führten zu einer tiefgreifenden Umwandlung von Landschaft und Ökonomie, ohne die bestehende Versorgungskrise zu beheben. Auch die Neubauern, die im Zuge der „demokratischen Bodenreform“ in der Sowjetischen Besatzungszone ein Stück Land erhalten hatten, mussten ihr Eigentum zum Teil wieder abgeben. Obwohl die „sozialistische Landwirtschaft“ seit 35 Jahren Geschichte ist, wissen wir bis heute wenig über die Aus- und Nachwirkungen für die ländlichen Räume Ostdeutschlands.

Im neuen Heft der „Gerbergasse 18“ finden sich thematische Beiträge zur Landschaft nach Plan, dem Landleben vor der Linse und zur Mythenbildung an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, aber auch die Zwangsaussiedlungen 1952 sowie ein nicht alltäglicher Grenzvorfall im Eichsfeld werden beleuchtet. Weitere Artikel widmen sich unter anderem dem Waffenhandel des angeblichen „Friedensstaates“ DDR und der Aufarbeitung der Geschlossenen Venerologischen Stationen im Disziplinierungsapparat des SED-Staates. In einer persönlichen Bilanz würdigt der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, die erste freie und geheime Wahl der Volkskammer der DDR am 18. März 1990.

Mit dem Schwerpunkt „Auf dem Land“ startet die Zeitschrift nicht nur in den mittlerweile 30. Jahrgang, auch ein anderes Datum hat Jubiläumscharakter: Am 17. Juni 2025 wurde die Geschichtswerkstatt Jena, Herausgeberin der Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik, 30 Jahre alt. Am Jahrestag des Volksaufstandes hatte sich 1995 eine vielfältige Gruppe historisch Interessierter zusammengefunden und den Verein gegründet. Wie aktuell und relevant die Vereinsanliegen Diktaturaufarbeitung und Demokratiebildung sind, zeigt die bundesweite Verbreitung der „Gerbergasse 18“.



Die neue „Gerbergasse 18“ (Heft 114) ist im lokalen Buchhandel oder direkt über die Geschichtswerkstatt Jena erhältlich.

Für Rückfragen und Informationen:

Daniel Börner
(Redakteur/Projektmanager)
Telefon: 03641 - 82 12 35
E-Mail: d.boerner@geschichtswerkstatt-jena.de

UOKG e.V.

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin-Lichtenberg
U5 und Bus 240 Magdalenenstraße

UOKG-Geschäftsstelle

Tel. (030) 55 77 93 51
Fax (030) 55 77 93 40
E-Mail info@uokg.de
Internet: www.uokg.de/verein/geschaeftsstelle/
Mo, Di, Mi 10.00–16.00 Uhr
Do, Fr 10.00–14.00 Uhr

UOKG-Beratungsstelle

Internet: www.uokg.de/verein/beratungsteam/
Persönliche Termine für Beratungen
nur nach telefonischer Absprache

Juristische Beratung

Martina Kegel, Juristin
Telefonische Sprechzeiten: Di, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

DDR-Zwangsadoption und Heimkinder

Cornelia Kurtz
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10.00–15.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
E-Mail: kurtz@uokg.de

Psychoziale Beratung/Soziale Beratung

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /
ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: maltusch@uokg.de

Psychoziale Beratung/Soziale Beratung

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Die Geschäftsstelle wird von der Beauftragten für Kultur und Medien und die Beratungsstelle vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

MEMORIAL Deutschland e.V

Wir möchten Sie und Euch auf folgenden Spendenaufruf zur Unterstützung ukrainischer politischer Gefangener in Russland des Zentrums für den Schutz der Menschenrechte (ehemals Menschenrechtszentrum Memorial) hinweisen (s.u.). Ihren und Euren etwaigen Beitrag können Sie/können Ihr über diese Websites leisten:

<https://tinyurl.com/yud33vp6> (auf Englisch) oder
<https://tinyurl.com/56ep3z6x> (auf Russisch).

Sollten Sie oder Ihr weder über eine Visa-Card noch ein Paypal-Konto verfügen, können Sie/können Ihr auch mit dem Spendenzweck „Ukrainische politische Gefangene“ an uns überweisen. Wir leiten es gerne weiter.

MEMORIAL Deutschland e. V.
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4 | D-10405 Berlin
anke.giesen@memorial.de
Tel. +49 (0)160 97626346
www.memorial.de

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben. Im 1. Quartal des Folgejahres wird eine Spendenbescheinigung ausgestellt, wenn die Anschrift bekannt ist.

Zitat

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. **Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.** Nicht wegen des Fanatismus der »Gerechtigkeit«, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die »Freiheit« zum Privilegium wird.“ (Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung, Berlin 1920, S.109), Rosa Luxemburg – Gesammelte Werke Band 4., S. 359, Anmerkung 3m, Dietz Verlag Berlin (Ost) 1983. Literaturempfehlung: Ferdinand Kroh Hg, Freiheit ist immer Freiheit... Die Andersdenkenden in der DDR. Ullstein Verlag 1988, ISBN-13:978-3548344898.

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
 Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
 Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
 Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Internet: www.uokg.de
 E-Mail Redaktion: der-stacheldraht@uokg.de
 E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
 Konto: UOKG e.V.
 IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
 BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck
 „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
 Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
 E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
 E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis: aktuell Jahresabo 10 Euro inkl. Postversand, Einzelausgabe 1,50 Euro inkl. Postversand
 Jahresabo 9 Euro elektronische Ausgabe (pdf), Einzelausgabe 1 Euro elektronische Ausgabe (pdf)

Bezug über die Redaktion mailto: der-stacheldraht@uokg.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 06/2025: 25. Juli 2025
 Redaktionsschluss Ausgabe 07/2025: 12. September 2025
 Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

